

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. Oktober 1920

Einzelgenpreis: Berlin, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 120

Zu den Tarifberatungen 1920

Nicht zur Tarifrevision wird nunmehr geschritten, wie es ein weitreichender Irrtum auf beiden Seiten annimmt, sondern die vollzogene Tarifkündigung verlangt jetzt, daß die Beauftragten beider Parteien sich an den Verhandlungstisch setzen, um die Erneuerung der Tarifgemeinschaft zu bewerkstelligen. Bekanntlich ist auf der Prinzipalstagung im Mai (Leipzig) die Kündigung des Tarifs beschlossen worden; der Vertragspartner hat nur erfahren, daß die Prinzipalität damit keinen Abmarsch von der Tarifgemeinschaft bezweckt, obwohl in ihren Reihen trotz bis zum weitesten Maße gedieherer Erfassung der Druckereibetriebe im ganzen Reiche unter das Tarifgesetz es an Gegnern nicht fehlt. Von der Gehilfenschaft ist die Kündigung des Tarifs erst nach der Debatte über die Tariffrage in Nürnberg im Auftrage der Generalversammlung erfolgt. Auch auf unserer Seite wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß nicht Aufgabe der Tarifgemeinschaft, sondern Erneuerung derselben in durchgreifender Weise stattfinden soll.

In der langen Zeit seit dem Mai 1873, als durch die Initiative des Verbandes die unklare Periode der Lokaltarife mit der Schaffung eines zentralen Tarifs und gleichzeitiger Errichtung von tariflichen Institutionen abschloß, haben wir eine formelle Tarifkündigung nur jetzt gehabt. Als am 8. Oktober 1891 bei den Tarifverhandlungen in Leipzig der schlechte Gehilfenvertreter Schliebs (unter seit Oktober 1896 tätiger Tarifamtsgehilfenführer) im Auftrage seiner Kollegen das letzte Angebot der Gehilfen mit vier Punkten gemacht hatte, die Prinzipale aber auch dieses noch ablehnten, da wurden von den Vorsitzenden der Prinzipale- und der Gehilfenorganisation (Ernst Altkahard und Emil Döblin) Erklärungen abgegeben, daß die Parteien auch ferner den bestehenden Tarif als gültig betrachten würden. In der Gehilfenklärung war aber die Klausel enthalten, daß bei Fortdauer der Entlassung von Verbandsmitgliedern die Gehilfenschaft sich geeignete Schritte vorbehalte. Die Prinzipale griffen nach dem Scheitern der Verhandlungen jedoch im verstärkten Maße zu Maßregelungen, so daß am 22. Oktober der Gehilfenvorsitzende der deutschen Tarifkommission, Nibel (Leipzig), die Tarifgemeinschaft für erloschen erklärte und mit ihm sämtliche Gehilfenvertreter ihr Amt niederlegten, woraufhin am 24. Oktober und 7. November die Kollegenchaft ihre Kündigung einreichte und der Kampf begann. Eine Tarifkündigung war die Nibel'sche Erklärung also auch nicht, sondern ein plötzlicher Abbruch der beiderseitigen Beziehungen aus den bis zum äußersten ausgeübten Verhältnissen heraus.

Somit haben wir in der Tarifgeschichte zu verzeichnen: Im Mai 1873 Schaffung der Tarifgemeinschaft, in den Jahren 1876, 1878, 1886, 1888 und 1889 erfolgten Tarifrevisionen (die beiden ersten Male mit dem Ergebnisse von Reduktionen für die Gehilfenschaft infolge sehr ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse), im Oktober 1891 gaben die Gehilfen die Tarifgemeinschaft auf, am 16. Januar 1892 wurde bei Beendigung des mit einer Niederlage für die Gehilfenschaft endigenden Neunkundenkampfes durch das Abkommen Bürenstein/Döblin der Tarif vom 1. Januar 1892 als bis zu einer neuen Vereinbarung weiter geltend erklärt, ohne daß die Tarifgemeinschaft wieder in Funktion geleht wurde. Das war die erste Periode.

Die zweite Tarifgemeinschaftsperiode beginnt mit der Erneuerung der Tarifgemeinschaft auf gefestigter Basis im Mai 1896, von dem nicht unerheblichen Teile der Gehilfen heftig und lange bekämpft; Tarifrevisionen wurden dann 1901, 1906 und 1911 vorgenommen; die Tarifausgleichsfragen im Oktober 1917, Juli 1918, Dezember 1918, Februar 1919, Mai 1919, August 1919, Dezember 1919, Februar März 1920, Mai 1920 sind als Tarifkündigungen von manchmal schwerwiegendster Bedeutung anzusehen. Der von 1896 an gehende Zeitraum stellt die zweite Tarifgemeinschaftsperiode dar.

Für die dritte, geschlossen als eine weit umfassendere Erneuerung gedachte Tarifgemeinschaftsperiode soll durch die am 25. Oktober beginnenden Verhandlungen in Berlin das Fundament gelegt und gleichzeitig der Neubau vorgenommen werden. Unsere Nürnberger Generalversammlung hat den Standpunkt des Verbandes dazu mit folgender programmatifchen Entschliebung präzisiert:

Die X. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hält grundsätzlich an der zentralen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen fest. Sie erblickt in einem organischen Ausbau der bisherigen Tarifgemeinschaft zu einer sozialen Gemeinwirtschaft eine erste Zukunftsaufgabe als zweckmäßigste Förderung der idealen und wirtschaftlichen Interessen aller Angehörigen des Gewerbes.

Die Generalversammlung erwa.let daher, daß der zunächst notwendige Umbau der Tarifgemeinschaft in einer den neuzeitlichen Verhältnissen und den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechenden Weise vorgenommen wird und stellt hierzu folgende Richtlinien auf:

1. möglichste Vereinachung in der Organisation und in den tariflichen Festlegungen;
2. Festlegung des Mitbestimmungsrechts der gesamten Tarifkonditionen bei den ordentlichen Tarifabschlüssen durch Einfügung der Urabstimmung über das in den Verhandlungen letzterlegte Resultat;
3. die Ausnahme verbesserter Gewohnheitsbestimmungen für die Vertrauensmänner der Gehilfen sowie Aufnahme der Betriebsratsbestimmungen in verbesserter Form in den Tarif;
4. Anpassung der Grundlöhne an die bestehenden Verhältnisse;
5. Umgestaltung der Lohnzuschlagsbestimmungen durch Verringerung der Klassenunterschiede und Aushebung verschiedener weiteren und höheren Festlegungen entgegenstehender Belchlüsse;
6. Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden und an den Vorabenden von Feiertagen; ferner durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
7. Festlegung der Tarifaauer auf höchstens zwei Jahre. Die Regelung der Feuerungszulagen hat wie bisher in den gegebenen Lebensverhältnissen entsprechenden kurzen Zeitabschnitten zu erfolgen.

Die weiteren Absätze dieser Tarifresolution, gegen die nicht einmal die gesamte Opposition in Nürnberg stimmte, können hier außer Betracht bleiben.

Nach dieser Richtschnur ist dann von der Gewerkschaftskonferenz im September bzw. der besonders eingehenden Tarifkommission unter Verarbeitung der mehr als tausend von der Verbandshilfenschaft eingereichten Anträge ein vollständig neuer Tarif aufgestellt und beim Tarifamt eingereicht worden. Es sind in Folgedruck vierzehn Seiten, weswegen das Tarifamt die Bekanntgabe in Nr. 115 nur in Kurzfassung vornehmen konnte. Schon an dieser gedrängtesten Form wird jedem Kollegen bewußt geworden sein, daß den Intentionen der Generalversammlung sehr gut Rechnung getragen worden ist.

Das Tarifamt hat aus den von beiden Seiten gestellten Anträgen die Beratungsgegenstände folgendermaßen geordnet: 1. Schaffung eines neuen Lohntarifs, 2. Erhöhung der Feuerungszulagen, 3. Festlegung einer allgemein gültigen Arbeitsordnung für das Buchdruckgewerbe, 4. Stellungnahme zur Verbrüderungsordnung, 5. Schaffung einer Lohnausgleichskasse für Gehilfen mit kinderreicher Familie, 6. Stellungnahme zur Arbeitslosigkeit, 7. Schaffung eines Betriebsratsamts nebst Unterausschüssen, 8. Urabstimmung über den Tarif, 9. Schaffung eines Manteltarifs für das graphische Gewerbe. Wenn im Jahre 1911 bei der letzten großen Tarifberatung 13 Tage für die Verhandlungen nötig waren, obwohl durch ausgedehnte Kommissionsberatungen eine beträchtliche Abkürzung eintrat, so ist diesmal gar nicht abzusehen, wie lange der Tarifausgleich zu arbeiten haben wird, um zu einem annehmbaren Resultat zu kommen.

Der größere Umfang des Apparates im Tarifausschusse, der auf Wunsch der Prinzipale eintritt, trotzdem ihnen das Beklagen der Schwerfälligkeit der Verhandlungen aus solchen Grunde schnell vom Munde kommt, wird naturgemäß den Gang der Verhandlungen nicht beschleunigen. Im Jahre 1911 hatten der Vertreter des Zeitungs- und der des Buchverlags darin wirklich viel verschuldet und den Verlauf bisweilen sogar gefährdet. Auf nochmaliges Vertreten der letzteren Austragsgeber wird nach jenen Erfahrungen gern verzichtet werden, wenn auch nach den letzten Feuerungszulagenbewegungen öfters das Verlangen mindestens des Mitredens zu vernehmen gewesen ist. Bei den Zeitungsverlegern liegen die Dinge anders, sie sind zum größten Teil Inhaber von Druckereien, die es übrigens unter den Buch- und Zeitschriftenverlegern auch gibt. Aber mit den zwei Zeitungsverlegern und den beiden Provinzvertretern sowie der entsprechenden Vertretung auf unserer Seite durch Spezialvertreter auf andern Gebieten ist der Zuwachs noch nicht abgeschlossen. Da die Schaffung eines Manteltarifs ebenfalls zur Beratung steht, werden hierzu wohl auch die Organisationsvertreter aus den andern graphischen Hauptzweigen herangezogen werden. Gegen 1911 ergibt sich andererseits ein Ausfall, weil durch die Annexion von Elb- und Vohringen der Tarifkreis IVa nicht mehr existiert. Leider sind durch den Krieg und seinen Ausgang andre deutsche Gebiete von der Vertretung im Tarifausschuss ausgeschlossen. Es kann aber das Ergebnis der Berliner Verhandlungen auch für diese Gewerbeangehörigen den Maßstab abgeben für die künftige Regelung der Arbeitsbedingungen und die Mitbestimmung der Gehilfen im Produktionsprozeß.

Über die Prinzipalansätze ist mancherlei schon in den letzten Nummern bei sich bietender Gelegenheit gesagt worden. Daß sie sich durch klare und gedringene Fassung kennzeichnen, was nach dem Urtheil der „Zeitschrift“ zur Tarifberatung der Fall sein soll, muß in bezug auf die Klarheit einfach bestritten werden. Sie sind so „klar“ wie etwa ein Schleiervorhang im Theater bei groben offenen Verwandlungen, wobei man nur die Wahrnehmung von vielen Vorgängen auf der Bühne hat, aber noch nichts oder nur sehr wenig zu erkennen vermag. Die „gedrungene“ Fassung aber kann im gegebenen Augenblicke sich als so streckbar wie ein guter Friedenshosen-träger erweisen. Ganz deutlich an dem prinzipalseitigen „Aufbau des neuen Tarifs“ ist die Absicht der Einführung von Stundenlohn (Punkt 5); also eine Neuerung, die entgegen der „Zeitschrift“ doch „etwas von bisherigen Tarif Grundverhältnissen einführen“ will. Da wird die Gehilfenvertretung zunächst „Stopp“ rufen. Aber man sprach ja in Dornhausen von einem dabei vorgesehenen Ausgleich — ist dieser etwa so gedacht, daß die Prinzipale den den Berliner Töpfern jetzt durch den Schlichtungsausschuss zugesprochenen Stundenlohn von 7,75 Mk. zuerkennen, also ein Mehr bzw. einen Ausgleich von 2,53 Mk. pro Stunde gewähren würden? Dann könnte sich über den Fortfall der Feiertagsbezahlung ja noch reden lassen. Die hierher zu gehenden aber brauchen jedoch nicht so klein zu sein. Daß nur wirklich geleistete Arbeit bezahlt werden soll, wie weiter unter Punkt 5 beantragt wird, nimmt sich hingegen recht schleierhaft aus, so selbstverständlich es auch klingt. Die Entschädigung für Vertürlarbeitszeiten würde auf diese einfache Weise glatt verschwinden. Die Gehilfen aber könnten hier trauernd nachdenken wie einem im Strengeforum langsam verfinkeuden Sarge mit einem Menschen, der gern fremdes Leid linderle. Punkt 6, der Lohnstufen nach Lebensalter oder Berufsjahren und eine unterschiedliche Entlohnung zur Verbeiraten und Ledigen will, kommt einem zur Umwechslung spanisch vor. Wer von sich die beherrschende Meinung hat, nicht ganz auf den Kopf gefallen zu sein, wird hier schlussfolgern, daß noch viel mehr Lohnstufen geschaffen werden sollen. Mit einer

unterschiedlichen Entlohnung der Verheirateten und Ledigen ist auch weder das System der Kinderzulagen noch die auf etwas höherer sozialer Stufe stehende Ausgleichskasse dem Buchdruckergewerbe als eine von Einseitigkeit in die besonderen Mängel der Familienvorstände zugehende Errungenschaft einzuschleudern. Der „Zeitschrift“-Artikel kommentiert da einen Zusammenhang mit dem Gehilfenantrag auf Schaffung einer Ausgleichskasse hinein. Was ist aber zum mindesten ein Irrtum. Wir denken uns das anders, und die Prinzipale könnten aus andern Gewerben (Berliner Metallindustrie, Straßenbahnen, Beamtengruppen usw.) sich darüber eine bessere Belehrung geholt haben, da sie doch überall Material über die Stundenentlohnung sammeln. Aberstunden erst nach Ableistung von 48 Stunden Wochenarbeit existieren zu lassen (Punkt 7), wäre auch eine handgreifliche Verschlechterung gegen den bisherigen Zustand. Was die übliche tägliche Arbeitszeit überschreitet, kann doch nichts anders als besonders zu entlohnende Leistung angehen werden. Kommt das, was die Prinzipale hier wollen, nicht auf „kleinliche Pfennigsucherei“ hinaus, die das Prinzipalsorgan nicht wieder betreiben wissen will? Vom rein materiellen Aufbau des neuen Tarifs belegen die Prinzipalsanträge recht wenig, zu wenig sogar; was nach dieser gedungensten Befassung damit sich aber ergibt, sagt schon wirklich genug. Das das Berechnen wieder mehr gehandhabt werden soll und für ein Prämiensystem an den Druckmaschinen auch Weisung besteht, kann aus Andeutungen in der „Zeitschrift“ entnommen oder zwischen den Zeilen gelesen werden. Es sind wohl gar noch mehr Verschönerungen materieller Art zu erwarten.

Für die Arbeitszeit (Punkt 4) werden als Datum 48 Stunden wöchentlich genannt. Eine Tagesnormale soll es nicht mehr geben. Es kann bis in die Puppen gebildet werden, gibt aber keinen Aufschlag trotz Mehrverbrauch und Unbequemlichkeiten, wenn nicht damit die 48 Stunden überschritten werden, was obenreine eine wunderbare Vereinfachung in der Aberstundenbezahlung zur Folge haben würde. Das mit dem republikanischen Deutschland auch der Achtstundentag gekommen ist, scheinen die Prinzipalsantragsmacher immer noch nicht zu wissen. Warum nicht gar ein Verbot ausgesprochen, daß weniger als 48 Stunden kein Prinzipal arbeiten lassen darf? Bei den Lehrlingen ist man schon auf dem Wege, den gesetzlichen Achtstundentag über Bord zu werfen. Der Buchdruckerbefehliger Meyer (Salberstadt), der die harten Manieren liebt, hat die Halberstädter Prinzipale zu einer Eingabe an die Generalversammlung in Magdeburg veranlaßt, durch die eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus versucht wird, damit die Lehrlinge nach Feierabend die Druckereiräume reinigen und die Maschinen putzen können. Der zunächst befragte Oberpräsident hat eine generelle Einwilligung bereits abgelehnt und wegen Genehmigung im Einzelfall an die Generalversammlung verwiesen. Diese Behörde wird sich hoffentlich bewußt sein, daß es nur auf eine abschließende und dauernde Befestigung des Achtstundentags abgesehen ist. Auch von den Lehrlingen müssen Verschlechterungen ferngehalten werden, mit ihrer Ausbeutung, die während der Kriegszeit das Höchstmögliche erreichte, muß es bestimmt ein Ende haben.

Es macht wirklich erfaunen, daß zwischen Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit, Wirtschaftlichkeit der Betriebe und voller Aufnahmefähigkeit betriebsmechanischer Einrichtungen (Punkt 3) keine andere Verbindung bestehen soll als das Unternehmerinteresse. Ja, die „Zeitschrift“ betont sogar die grundsätzliche Trennung der Arbeitslosenfürsorge von der Entlastung voller wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Wir haben für Bedrängnisse der Prinzipale in den letzten schlimmen Jahren oft genug Verständnis bekundet. Das „soziale Verständnis“, das sich aber hier gegenüber der Gehilfenchaft zeigt, verdient auf der Leipziger Messe im Reklamemuseum als Altschwarz herumgeführt zu werden. In Leipzig sind jetzt 500 Vollarbeitslose und Kurzarbeiter rund mehr als 1200 vorhanden, von diesen und ähnlich schlimmen Zuständen anderswo oder fast überall hat man in Dornhausen doch auch schon gewußt, konnte da die beherrschende Fassung der Prinzipalsanträge nicht auch Berücksichtigung solcher ersten Zeitercheinungen vorsehen? In dem ersten eingeleiteten Tarifartikel dieser Nummer werden in diesem und in andern Zusammenhang und nicht allein unter Bezugnahme auf die Druckerhältnisse bemerkenswerte Ausführungen gemacht, so daß wir den Raum durch weitere Darlegungen auch nur allmählich auszunutzen vermöchten. Die Gehilfenanträge belegen zudem das Notwendige so klar und so ergiebig, daß der Prinzipalsvertretung bei dem Lesen schon bewußt werden wird, wie weit hier eine Umgruppierung der Prinzipalsposition vorgenommen werden muß. Denn hier sollen zudem zur „sozialen Gemeinwirtschaft“, die bei den Prinzipalen in Dornhausen höchstwahrscheinlich keine Befürworter gefunden hat, die ersten Spatenstiche getan werden.

Über den Punkt 9, der einseitliche Kündigung wünscht, ist nichts zu sagen. Punkt 11: der neue Tarif ist zunächst auf alle graphischen Berufszweige auszudehnen, beweist das Unvermögen, seine Absicht einigermaßen verständlich auszudrücken, denn es sollen doch nur die allgemeinsten

Bestimmungen eine solche Geltung erlangen (Manteltarif), worüber zudem keine Einmütigkeit auf Prinzipalsseite besteht. Vom Punkt 2, daß Materialien, die durch Reichs- oder Landesgesetz schon geregelt sind, im Tarif grundsätzlich nicht behandelt werden sollen, hat man noch keine richtige Vorstellung, trotz der von der „Zeitschrift“ gerühmten klaren Fassung der Anträge. Beim achten Punkte: tarifliche Regelung der Feriengewährung, ist man schon besser im Bilde; es soll auch da zurückgedreht werden, wozu aber wie sonst doch zwei gehören. Die Lehrlingsordnung (Punkt 10) ist ja in Dornhausen geregelt worden, aber sie soll erst den gesetzlichen Bestimmungen angepaßt werden. Es wird sich zu zeigen haben, wieviel man damit von der Lehrlingsordnung loszuschlagen gedenkt. Unterleis werden andre Notwendigkeiten besetzt werden. Ferner soll bei Festlegung der Lehrlingskassa auf genügende Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses Rücksicht genommen werden. Das ist eine feine Umschreibung für Beibehaltung oder wohl gar noch Verschlechterung der gegenwärtigen, veralteten Kassa. Im Punkt 1 wird in der schon bekannten Verschommenheit der Organisationsartikels verlangt, und Gestaltung wie Befugnisse der Tariforgane sollen so beschaffen werden, daß wohl nur noch der Wille des D. B. V. *suprema lex* ist. Unres Erachte hat die Prinzipalsorganisation schon zu sehr Einfluß auf die Tariforgane genommen. Die Tarifgemeinschaft hat bei ihrem kollektiven Charakter die Druckereien Deutschlands beinahe reiflos erfaßt, mit einem Organisationsartikel wären wir nicht so weit gekommen. Es zeigt sich das ja auch bei den andern graphischen Tarifen, die eine organisatorische Basis haben. Sogar kommt, daß die Prinzipalsorganisation Anträge oder Anregungen vom Verbande dieser Art dreimal in drei verschiedenen Jahrzehnten abgelehnt hat. Man hat in Dornhausen deshalb wohl keine großen Hoffnungen gehabt und die „Zeitschrift“ lebt eigentlich noch deutlichere Fragezeichen hin. Vielleicht aber hofft man mittels des Manteltarifs, in Anbetracht der in den andern Gewerben schon bestehenden Verhältnisse, zum Fenster hineinschießen zu können, wo die Tür nicht geöffnet wird.

Die Erneuerung der Tarifgemeinschaft soll also nach Prinzipalsabsichten einen sogar starken Kurs nach rückwärts nehmen. Man weiß trotz genauer Kenntnis der Personen und Dinge manchmal nicht, ob auf der andern Seite die Malivolität oder eine außerordentliche Gerissenheit bestimmend sind. Nach der zwischen Bad Dornhausen und den Berliner Verhandlungen jetzt liegenden Karlsbader Kur mit dem Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe wird wohl die Situation etwas besinnlicher betrachtet werden von den Prinzipalen. Wir erblicken in erster Linie Anträge in dem, was den Gehilfen in schlechter Servierung vorgelegt wird. Wenn sich in Berlin herausstellt, daß es mehr sein soll, dann werden unsere Vertreter gemäß für ihre Hochachtungsbewegungen die passenden Worte und Handlungen finden.

Erhöhung der Steuerungsulagen mit sofortiger Einführung ist der von den Gehilfenanträgen vorwegzunehmende Punkt, wenn auch über die Schaffung eines neuen Lohnarfs zunächst gesprochen werden soll in Berlin. Die erste Steuerungsulage (am 1. April 1916 kam es verspätet zur ersten) läuft seit 31. Mai und 5. Juli. Ende August sollten Verhandlungen über eine weitere stattfinden. Die Prinzipalität wartete darauf, um abbauen zu können; die Gehilfenpartei zog angesichts der obwaltenden Umstände eine Verlängerung der ersten vor. Es kamen darüber viele Vorwürfe, auf der Gauvorsteherkonferenz im September wurde die eingeschlagene Sachlage des Ausweichens aber allgemein für richtig gehalten. Wenn die Preise zurückgehen, kann nicht Erhöhung der Steuerungsulagen verlangt werden; man hätte viel eher einen längeren, vor allen Dingen kräftigeren und allgemeineren Preisrückgang wünschen müssen.

Um ist aber das Glend der alten Preisjobberei wieder im vollsten Gange. Um Wiederholungen zu vermeiden auf den gewiß auch für die Prinzipale sehr lehrreichen Artikel „Die Lohnpolitik der nächsten Zeit“ (Nr. 112), und ebenfalls auf die Abhandlungen unter „Ernährungswirtschaft“ in dieser Nummer sowie in den Anr. 114 und 107 verweisend sowie noch an den Aufsatz „Die Kosten der Lebenshaltung“ in Nr. 102 erinnernd, möchten wir betonen, daß Calwer von einer „in Galopp geratenen Steigerung der Ernährungsulagen“ im allgemeinen spricht, und Lübborf hat für Leipzig im Oktober eine sprunghafte Steigerung festgestellt, die nicht nur anhalten, sondern noch mehr zunehmen wird. Der Preisabbau war für den eigentlichen Lebensunterhalt nur ganz wenig in die Entscheidung getreten, seit Wochen ist er aber schon mehr und immer stärker dem Gegenteil gewichen. Bei Textilwaren und Wäsche, worin die Preise wieder am meisten steigen, ist außerdem zu berücksichtigen, daß nicht die Anschaffungen allein so schwer fallen, sondern die Instandsetzung der — sagen wir ehrlich und sachgemäß — Lumpen, die man noch auf dem Leibe zu tragen vermag, auch schon fündhaft viel Geld kostet, ohne daß dafür etwas zu sehen ist. Die Schuhwaren „ziehen wieder an“, wie es im geschäft-

lichen Wucherdeutsch heißt. Kohle und Gas bedeuten wahre Ausplünderung. Die Nahrungsmittel aber, voran Kartoffeln, bereiten einem nach der von Hermes und seinem in immer schlimmeres Licht kommenden Stabe betriebenen Erneuerung der Ernährungswirtschaft direkt Verzweiflung. Der Rat der Stadt Leipzig sagt deshalb ganz zutreffend in seinem jetzt an die deutschen Landwirte gerichteten Aufrufe:

Denn auch bei einem Einkommen von 15000 Mk. und mehr behält eine mehrköpfige Familie nach Verteilung der Ausgaben für Wohnung, Kleidung und die allerersten notwendigen Lebensmittel nicht so viel übrig, um diese im freien Handel erhältlichen Lebensmittel kaufen zu können. Trotz verhältnismäßig hoch erscheinender Löhne herrscht dabei in vielen Familien bitterste Not. Mit Weh erfüllt jeden Menschenfreund der Anblick hungernder Kinder, die, wie alltäglich zu beobachten ist, mitlits in den Speiseanstalten glerig die von den Speiseanstaltsbetreibern übrig gelassenen kärglichen Speisereste verzehren.

So urteilt die bisher ein recht dickes Fell zur Schau getragene Verwaltung einer der größten der deutschen Städte! Die bürgerliche Regierung hat also noch weit weniger das Glend mildern und die Wucherer zu Paaren treiben können als die vorherige halbsozialistische Regierung, die in der letzten Tarifauschubstung gerade von einem Leipziger Prinzipal hart angegriffen wurde wegen solcher Zustände. Dabei läßt der Leipziger Rat die drückende Last der Steuern noch ganz unerwähnt, die aber die Buchdrucker mit veranlassen, eine Erhöhung der Steuerungsulage zu fordern. Die Presse hat wiederum, durch ihre weitgehende Sinnfrierung eher noch mehr, zu den Organen der großen (siehe die Dividendenliste in Nr. 112) wie der kleinen Revolutionsgewinnler geschwiegen, läßt es mit den kapitalistischen Übergewinnen dahingehen, findet jedoch über die „Laffen“ der Arbeitslosenunterstützung stets einen Sermon, der für deren Empfänger kränkend ist.

Es hat sich Mitte dieser Woche auf getroffen, daß im „Leipziger Tageblatt“ ein bürgerlicher Stadtverordneter den Schriftsteller als qualifizierten Arbeiter und womöglich mit Sprachkenntnissen mit seinem 5,16 Mk. ausmachenden Stundenlohn einem ungelerten verheirateten Gemeindegewerbetreibenden gegenübergestellt, der mit den Kinderzulagen und andern Benefizien nach dem Streik auf einen Stundenlohn von etwa 6,80 Mk. kommt. Das aber auch in Privatbetrieben viel höhere Löhne gezahlt werden, zeigt das schon erwähnte Beispiel der Berliner Töpfer mit jetzt 7,75 Mk. Stundenlohn. Die Dresdner Bauarbeiter erhalten 6,10 Mk. So können wir noch lange forscher im Aufzählen weit höherer Löhne. In den mittleren und in den kleinen Orten zeigt sich auch ein entsprechend großer Abstand. Eine Erhöhung der Steuerungsulagen mit sofortiger Wirkung ist also eine unabsehbare Notwendigkeit. Nachdem durch den Streik im Berliner Zeitungsgewerbe eine Art Österrückbildung über Prinzipale und Zeitungsverleger gekommen sein dürfte, werden wohl die Verhandlungen über die neue Steuerungsulage sich weniger kompliziert gestalten. Eine ganze Anzahl von Firmen hat mit Sondergewährungen ja schon bewiesen, daß vieles möglich ist, wenn Wille und Einigkeit dazu anstreben. Auch das gegen Deutschland viel krankere Österreich hat jetzt wieder eine für die Gehilfenchaft günstige Steuerungsulagenbewegung gehabt.

Die andre Seite der Weisheit, nämlich die Druckpreiserhöhung, wird diesmal etwas anders zu behandeln sein, da in der Tat eine Reihe von Materialien, nicht zuletzt das Papier, billiger geworden ist, was doch auf den Gesamtpreis einer Druckache nicht ohne Wirkung sein kann. Im Schriftgießergewerbe ist ja ein solches Beispiel schon gegeben worden: der Preis für Gießereizugnisse ist herabgesetzt, die Arbeiterchaft aber hat eine wenn auch zu geringe Erhöhung erhalten; jetzt sind die Bleipreise jedoch wieder gestiegen. Die von uns noch nie unterkäufte Verminderung der Druckaufträge infolge Lohn-erhöhungen kann unres Erachtens diesmal nicht so von Belang sein, denn wir müssen zu einer Verbilligung der Produktion gelangen. Darüber wird noch speziell zu sprechen sein.

Auf die Gehilfenanträge brauchen wir nicht näher einzugehen. Es ist in Nürnberg die Marktschoute dafür in tagelangen Beratungen aufgestellt worden. Die Gauvorsteherkonferenz hat mit ihrem ausgearbeiteten Tarifentwurf nach unrer Beobachtung fast allenthalben gut angeprochen. Was sich darin veranlaßt, ist Erneuerung der Tarifgemeinschaft in bestem, aber auch weitestem Sinne. Es wird nicht alles auf den ersten Stieb voll zu erreichen sein, aber einen sichtbaren Vormarsch muß es und kann es geben. Es darf nicht immer in den alten Bahnen weitergehen, in einer sorgfältig Neues gebärenden Zeit zumal nicht. Die Buchdruckergehilfen wollen nicht die letzten sein, die mit der Zeit gehen, denn sie waren es früher auch nicht; im Gegenteil. In den 61 eingeleiteten, seit dem 31. Juli nach und nach veröffentlichten Tarifartikeln ist das und andres Notwendige in vielfältiger Weise zum Ausdruck gekommen. Der „Typograph“ hat zu den Anträgen schon erklärt, daß sie nicht

In allen Punkten die Zustimmung der im Gutenbergbunde befindlichen Gewerkschaften, und das man seine gegenteilige Meinung vor dem dazu bestimmten Forum äußern werde; es würde sich aber leicht eine Brücke finden lassen. Da sich dieser Vorbehalt auf die wirtschaftspolitische Seite unserer Anträge beziehen dürfte, so braucht dem nicht eine übertriebene Bedeutung beigelegt werden. In den Beschlüssen anderer liegt ja noch so viel anderes, das auch von jener Seite Zustimmung finden wird. Namentlich wird man für Milderung der Unterschiede zwischen Großstadt und Provinz zu haben sein und alle Maßnahmen zu weitreichender Unterbindung der Arbeitslosigkeit unterstützen.

Da für die Prinzipalentscheidungen eine ganz eigenartige Form gefunden worden ist, so sehen wir nicht ein, vorher über die Beschlüsse anderer noch mehr zu sagen, als sie ohnehin schon aussprechen. Es sei nur bemerkt, daß auch für den Mantelartikel von Beschlüssen ein Entwurf ausgearbeitet worden ist, der die nicht leichte Frage ganz annehmbar zu lösen geeignet erscheint. Es ist ganz selbst-

verständlich, daß die Beschlüsse anderer für ihre Anträge mit dem größten Nachdruck eintreten wird.

Für alle Kollegenkreise ist die Parole besonnenen Abwartens jetzt das Gebot der Stunde. Ob im „Korr.“ nach einem bestimmten Abschluß der Beratungen kleine Verhandlungsübersichten gegeben werden können, wie es 1911 in offizieller Form geschehen ist, kann von uns jetzt noch nicht gesagt werden, weil wir darüber nicht allein zu bestimmen haben und dann auch, weil es eine Zweckmäßigkeitfrage ist. Bekanntlich werden endgültige Beschlüsse im Tarifausschuß erst in der zweiten Lesung gefaßt. In diesem Stadium sind manchmal noch wichtige, den Gewerkschaften günstige Änderungen herbeigeführt worden; wir erinnern an die Entschädigung für Verkürzungen im Dezember 1919 und an das Ausmaß der Feuerungszulagen im Mai 1920. Da waren durch unerbittliche Verhandlungen dann einige Mißgeschickte dazu gekommen, sofort schwere Enttätigungsresolutionen zu fassen, die durch das endgültige Resultat am anderen Tag aber ganz hin-

füllig wurden; trotzdem sollte der „Korr.“ über die völlige Stellungnahme noch berichten. Das geht einfach nicht. Also, in Ruhe und Disziplin abwarten, bewahrt auch vor Enttäuschungen. So lange, wie die österreichischen Kollegen im Jahre 1905 ihre Tarifverhandlungen ausdehnten und in aller Ruhe geben ließen, nämlich neun Monate lang, das ist natürlich bei uns ausgeschlossen.

Nachdem die Duvrayer zu den nun beginnenden Verhandlungen in den Tagen vom 2. bis 14. Oktober so gut gespielt worden ist in Berlin, wird doch wohl auch den Prinzipalen daran liegen, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie es doch besser anfangen verstehen als die Zeitungs-großverleger. Die gesammelte Kraft aller graphischen Organisationsmänner muß mit der gewerkschaftlichen Schulung ihrer Mitglieder und mit dem faktischen Verhandlungsgeschehen ihrer Vertreter eine Dreiecksverbindung bilden, die sich durchsetzen zu einer wirklichen, der Neuzeit entsprechenden Erneuerung der Tarifgemeinschaft, der sich dann fortgeschrittenbewußt die andere graphischen Gruppen anschließen können.

Sur Tarifberatung

Maschinenmeister oder Maschinenknechte?

Die Maschinenmeister Leipzigs nahmen in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 17. Oktober d. S. in den „Drei Eilken“ nahezu einstimmig folgende Resolution an:

Gegenüber den neuerdings immer lebhafter betonten Forderungen bezüglich einer früheren Ausübung der Buchdruckmaschinen und der dadurch bedingten höheren Forderungen an die Leistungsfähigkeit der Maschinenmeister erklären die Leipziger Buchdruckmaschinenmeister folgendes:

Die gegenwärtig vorhandene Masse maschineller oder sonstiger materieller Produktionsmittel ist unter der heutzutage privathauptkapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse unter einem Segen zu einem Stände für die Arbeiterklasse geworden, indem sie durch die fortgesetzte zunehmende Arbeitslosigkeit auf deren Existenzbedingungen einen ungeheuren Druck ausübt.

Die Produktionsmittel sind in der Hauptsache Früchte der geistigen und körperlichen Arbeit aus dem Überfließen zwischen Lohn und Preis. Denn die Überschüsse konnten und können sich unter d. h. bisherigen Produktionsverhältnissen nur dadurch bilden, daß die Lohnarbeiter aller Art gezwungen sind:

1. ihre persönliche Arbeitskraft unter ihrem produktiven Werte zu verkaufen;
2. mit ihrem Lohne die hohen Preise der notwendigen Bedarfsartikel des täglichen Lebens unter bittersten Entbehrungen zu bezahlen;
3. durch die fortwährende Erzeugung von Überschüssen über ihren eigenen Lebensbedarf neben den unproduktiven Ständen die notwendige Unterhaltung der unrentablen Arbeitslosen auch nach jensei der Verschwendung und Verschwendung der sogenannten heillosen Klassen zu tragen.

Wir fordern daher:

1. Gleichberechtigung und dauernde Eingliederung aller gegenwärtig und zukünftig durch sachgemäß die Befähigung dem Gewerbe zur Verfügung stehenden beruflichen Arbeitskräfte in den gewerblichen Produktionsprozess;
2. Überführung aller Produktionsmittel im deutschen Buchdruckgewerbe in gemeinschaftliches Eigentum aller Gewerbeangehörigen;
3. Allgemeine und gründliche technische wie wirtschaftliche Umgestaltung des gesamten Produktionsprozesses, der Lohn- und Preisgrundlagen im deutschen Buchdruckgewerbe nach sozialistischen Grundgesetzen.

Bei Anrechnung und Durchführung dieser Forderungen verpflichten sich die Maschinenmeister Leipzigs mit ihrer ganzen beruflichen Leistungsfähigkeit zur rationellen Ausnutzung der Buchdruckmaschinen bei derartigen und einem volkswirtschaftlich vorbildlichen Neuaufbau des deutschen Buchdruckgewerbes mit allen Kräften zu dienen.

Diese Resolution enthält nach Lage der gesamten Verhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe im allgemeinen wie für die Maschinenmeister im besonderen die konsequente Antwort auf die aus den Prinzipalentscheidungen in ihrer und rücksichtslos Weise hervorleuchtende privathauptkapitalistische Profitsucht. Insbesondere gilt dies für die durch die „Zeitschrift“ (Nr. 42, Seite 493) gegebene Kommentierung der dritten Prinzipalforderung, die folgendermaßen lautet:

Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe und die volle Ausnutzung betriebstechnischer Einrichtungen darf in jeder Weise beeinträchtigt werden. Dieser Antrag soll solchen geistigen Beiträgen eine Grenze setzen, die darauf hinauslaufen, die volle Leistungsfähigkeit neuerlich forschrittsreicher, zumeist unter Aufwand hoher Kosten beschaffter Maschinen und Einrichtungen zu unterbinden und damit eine vorzeitige Verfallung der Erzeugnisse zu beschleunigen, die überflüssig für die auf den Bedarf einwirkt und somit die Arbeitslosigkeit mehr. Die Arbeiterklasse behandelt diese Frage in Verbindung ihres wirtlichen Lebens fast ausschließlich vom Standpunkte der Unterbindung der Arbeitslosen, deren Unterbindung bisher den Organisationen hauptsächlich zur Last fiel. Hier muß durch grundsätzliche Trennung der Arbeitslosenfrage von der Einsetzung der vollen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betriebe Wandel geschaffen werden, unter voller Würdigung der Wichtigkeit, die der Regelung der Arbeitslosenfrage innewohnt.

Drahtlicher als in vorstehenden Sätzen ist wohl noch in keinem Unternehmerorgane der Unterschiede zwischen privathauptkapitalistischer und sozialer Weltanschauung zum Ausdruck gekommen. Die „Wirtschaftlichkeit der Betriebe“ ist die erste und größte Sorge, die Not der arbeitslosen Menschen dagegen erst die letzte und auch nur so nebenher zu berücksichtigende. Die Herren scheinen sich dabei überhaupt nicht bewußt zu sein, wie sie selbst von den Maschinen gemißet werden und sich zu deren Knochen erniedrigen, während sie die technischen Produktionsmittel über alles stellen und den arbeitslosen oder arbeitsfindenden Menschen mit Brosamen vom Tisch „ihrer“ Wirtschaftlichkeit abspelsen wollen.

Für sich selbst fordert die Unternehmer allein Segen der sogenannten Wirtschaftlichkeit; den menschlichen Arbeitskräften, die unter diesem „Segen“ arbeitslos und brotlos werden, lassen sie gnädigst den Stachel der Not und des Hungers. Sie wollen „Sorgen“ sein und merken nicht, wie sie sich moralisch selbst zu Anechten ihres Geldsacks

und ihrer Maschinen degradieren. Sie jammern über angebliche Unterbindung der vollen Leistungsfähigkeit neuerlich forschrittsreicher und kostspieliger Maschinen und Einrichtungen durch die Arbeiterklasse, übersehen aber ganz, daß die gefährlichste und schädlichste Produktionslabotage durch Herabsetzung und Vergrößerung eines Millionenheeres brachliegender menschlicher Arbeitskräfte von ihnen selbst begangen wird. Sie fordern von der Arbeiterklasse restlose Freiheit für die rationellste Ausnutzung aller materiellen Produktionsmittel, daß aber der gegenwärtige Produktionsprozess besonders durch ihre wahl sinnige Preispolitik, neben unrationeller Arbeitsverteilung, Lücken- und mangelhaften Produktionsmitteln und -verfahren in neunzig von hundert Fällen teils absichtlich, teils aus Mangel an wirtschaftlicher Einsicht weit mehr gehemmt wird als durch irgendeine ähnliche Sendung auf Arbeiterseite, das entgeht dem Unternehmertum im allgemeinen wie vielen Buchdruckerleitern im besonderen. Die Unternehmer und ihre Syndikate beweisen in dieser Hinsicht eine sehr beschränkte Einsicht in die Möglichkeiten tiefergreifender Wirtschaftlichkeit. Ihr rein privathauptkapitalistisches geduldetes Willen, das sich nur nach nackten materiellen Profit zu drehen versteht, steht einem höheren Begriffe menschlicher Wirtschaft, der auf Menschenwürde und Menschenrecht aufgebaut ist, rat- und verständnislos, ja zum größten Teil herzlos gegenüber. Zu begreifen, daß wir dieser Rat-, Verständnis- und Herzlosigkeit das ganze gegenwärtige geistige wie wirtschaftliche Elend der sogenannten zivilisierten Welt zu verdanken haben, geht anstehend über ihren Horizont weit hinaus. Anders läßt sich das Verlangen nach einer vorgeleiteten Wirtschaftlichkeit der Betriebe und deren völlige Loslösung von der Arbeitslosenfrage nicht erklären. Die Maschine, ihre Kosten und ihre Leistungsfähigkeit, beherrschen die Köpfe der Unternehmer, erfinden alles Menschliche und setzen an dessen Stelle den materialistischen Begriff der Wirtschaftlichkeit. Wirtschaft, Korrallo! In dieser Hinsicht ist nicht nur vieles, sondern fast alles faul im Staate Kapitalisten.

Demgegenüber muß man es als eine ernste und würdige Tat bewerten, daß in der eingangs abgedruckten Resolution der Maschinenmeister Leipzigs diesen unsozialen mammonistischen Forderungen unserer Prinzipale zu den bevorstehenden Tarifberatungen eine kräftige Schelle ungeschönt wurde. Klapp und klar wird darin die Abstammung der gegenwärtig vorhandenen Masse maschineller oder sonstiger materieller Produktionsmittel fixiert; ebenso scharf wird aber auch deren mißbräuchliche Verwertung durch das Unternehmertum aufgezeigt. Mit herzerlösender Deutlichkeit werden dann die Forderungen aufgestellt, die im Interesse aller Berufsangehörigen des deutschen Buchdruckgewerbes die rationellste Ausnutzung aller maschinenrechtlichen oder sonstigen Produktionsmittel ermöglichen und sichern. An erster Stelle steht die Forderung:

Gleichberechtigte und dauernde Eingliederung aller gegenwärtig und zukünftig durch sachtechnische Befähigung dem Gewerbe zur Verfügung stehenden beruflichen Arbeitskräfte in den gewerblichen Produktionsprozess.

Hiermit wird das brennendste Problem der Gegenwart, die Befähigung der Arbeitslosigkeit, an erste Stelle gerückt, und zwar mit Recht und von berufener Seite. Denn das kostbarste Gut aller menschlichen Kultur ist die menschliche Arbeitskraft. Ihre fellwelse Brachlegung und Erhaltung ohne Gegenleistung ist die gewissenloseste Verfündigung gegenüber dem Prinzip aller Wirtschaftlichkeit. Die beruflichen Verlecher dieser Forderung sind in unserm Gewerbe zweifellos die Maschinenmeister. Denn ihre Arbeitslosigkeit ist nach Umfang wie Dauer die größte und drückendste im Vergleiche zu allen andern Berufsgruppen im Buchdruckgewerbe. (Nach den letzten „Mitteilungen“ des Gewerkschafts Leipzigs waren zu Anfang Oktober unter 430 arbeitslosen Buchdruckern 236 Maschinenmeister und 4 Schweizerdegen, also rund 50 Proz. arbeitslos.) Der Zusammenhang dieser erschreckenden Arbeitslosigkeit mit der privathauptkapitalistischen Ausbeutung der maschinellen Produktionsmittel tritt hier geradezu lautstark in Erscheinung, da nach dem Urteil aller Sachleute die Arbeitslosigkeit in den Leipziger Buchdruckmaschinenläden an Intensität über jeder Konkurrenz steht. Daß trotzdem der Ruf nach größerer und freierer Ausnutzung der maschinellen Produktionsmittel in erster Linie von den maßgebenden Leipziger Buchdruckerleitern ausgeht, beweist daher nur deren soziale Rücksichtslosigkeit gegenüber den Arbeits-

losen. Mit vollem Rechte fordern daher die Maschinenmeister die gleichberechtigte und dauernde Eingliederung aller gegenwärtig und zukünftig durch sachtechnische Befähigung dem Gewerbe zur Verfügung stehenden beruflichen Arbeitskräfte in den gewerblichen Produktionsprozess. Es kommt darin ein hoher sozialer Gemeinschaftsgedanke zum Ausdruck, der nicht auf Sonderinteressen oder egoistischen Motiven aufgebaut ist. Es wird im Interesse der Gesamtheit nicht nur ein allgemeines Recht auf Arbeit, sondern auch eine Pflicht zur Arbeit für jeden Berufsangehörigen ohne Ausnahme gefordert. In erster Linie kommt in dieser Forderung zur Geltung, daß ein Gewerbe, das alljährlich Hunderte, ja Tausende von menschlichen Arbeitskräften durch langjährige Lehrzeit an sich festsetzt, auch verpflichtet ist, die dadurch gewonnenen Arbeitskräfte zu verwerten und wirtschaftlich sicherzustellen. In der zweiten oder dauernden Ausstoßung eines großen Teiles der Gewerbeangehörigen aus dem Produktionsprozess liegt nicht nur eine für den Produktionsprozess höchst nachteilige Verschwendung infolge unproduktiver Belastung der Arbeitenden durch die Unterführung unfähiger Hände und Köpfe, sondern auch eine moralische Schädigung der Betroffenen. Sowohl in sozialer wie in wirtschaftlicher Hinsicht liegt dem Gewerbe die Pflicht ob, die Mitarbeit aller durch spezielle Berufsausbildung herangebildeten Arbeitskräfte gerade im Interesse der weitgehenden Wirtschaftlichkeit aller Produktionsmittel zu verwerten. Ein Gewerbe, das diese Pflicht nicht anerkennt, hat sowohl wirtschaftlich wie moralisch kein Recht, neue Arbeitskräfte heranzubilden, solange noch „überflüssige“ Arbeitskräfte, aus früheren Ausbildungs- und Arbeitsperioden arbeitslos zur Verfügung stehen. Daß diese Auffassung bisher nicht „gewerbeüblich“ war, ändert an deren Berechtigung nicht das geringste; es wäre dies vielmehr als Hauptursache des gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Elends zu beurteilen, gleichzeitig aber auch als Stachel auf das Wort „Nur Arbeit kann uns retten!“

Sozial wie wirtschaftlich gedacht bildet die Existenzfrage die Grundlage alles menschlichen Lebens und Strebens. Die Arbeit ist seine Hauptquelle. Jede Verstopfung dieser Quelle bedeutet eine Hemmung der wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtsentwicklung. Verstopft wird diese Kulturquelle sowohl durch Überfaltung wie durch völlige Ausschaltung menschlicher Arbeitskräfte. Beide Übel sind charakteristische Merkmale der privathauptkapitalistischen Wirtschaftsordnung. Es ist daher nur logisch, wenn als weitere Bedingung, d. h. Soziallagen als unerlässliche Konsequenz der ersten Forderung bezüglich Befähigung der Arbeitslosigkeit, in der Resolution der Leipziger Maschinenmeister gefordert wird:

Überführung aller Produktionsmittel im deutschen Buchdruckgewerbe in gemeinschaftliches Eigentum aller Gewerbeangehörigen.

Das gegenwärtige privathauptkapitalistische Neben- und Gegen-einanderarbeiten aller Betriebe macht eine vorteilhafte Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmittel im Interesse der Gewerbeangehörigen wie der gesamten Volkswirtschaft in den meisten Fällen zur Illusion. Statt zu einer selbstverständlichen Erscheinung. In erster Linie wird dies durch die durch und durch egoistische Preispolitik des Unternehmertums, die heute nur in sehr verschwommenen Zusammenhänge mit den tatsächlichen Geschehnissen steht, verursacht; das weitere verhindert eine oft geradezu sinnwidrige Arbeitsverteilung infolge der privathauptkapitalistischen Konkurrenz eine allgemeine wirtschaftlich vorteilhafte Verwertung der Produktionsmittel. Alle, abgesehen, oft schon längst abgearbeitete Produktionsmittel (Schriften wie Maschinen usw.) werden zur Herstellung komplizierter Druckerarbeiten geradezu verewaltigt, selbstverständlich auch unter entsprechender Überanstrengung der damit betrauten menschlichen Arbeitskräfte; während auf der andern Seite neue, leistungsfähigere Produktionsmittel zur Herstellung von Kiffen und Durchschnittsarbeiten mißbraucht werden oder gänzlich stillstehen. Hier wie dort wird die Wirtschaftlichkeit der Produktionsmittel sabotiert, trotz Anwendung qualifizierter menschlicher Arbeitskräfte zum Schaden des gewerblichen Fortschritts wie der Volkswirtschaft im allgemeinen. Wer sich der Mühe unterzieht, nach dieser Richtung Erfahrungen zu sammeln, dem stehen oft die Haare zu Berge über diesen Hanflosen und verschwendet-lichen Mißbrauch der materiellen Produktionsmittel und menschlichen Arbeitskräfte. Die wirtschaftlichen und sozialen Schattenseiten dieser gewerblichen Produktionserschönerungen sind tief und ernst. An ihnen krankt das Gewerbe viel

schwerer als an allen übrigen Erscheinungen. Und daher können alle diese Uebelstände ohne grundlegende Umwälzungen des gesamten gewerblichen Produktionsprozesses nicht ausgeremert werden. Hier kann nur eine einheitlich organisierte Zusammenfassung aller Produktionsmittel in einem gemeinschaftlichen Produktionsprozess mit einheitlicher Erzeugung und zweckmäßigster Verteilung aller Druckaufträge helfen. Nur dadurch können die besten Möglichkeiten einer größeren Wirtschaftlichkeit aller Produktionsmittel gewonnen werden. Die bisherige Form der privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln schließt einen solchen Geltungsprozess vollständig aus. Es fehlt ihm sowohl die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit wie die soziale Eingabe aller zur Verfügung stehenden menschlichen Arbeitskräfte von innen heraus; es fehlt ihm die Seele der geistigen wie körperlichen Arbeiterschaft in konzentrierter und einheitlicher Form; daher auch seine Brutalität, seine wirtschaftlichen und sozialen Gegenläufe. Die Art und Weise, in der dieser Umwandlungsprozess im einzelnen zu vollziehen wäre, kann hier nicht zur Darstellung kommen. Es fehlt in dieser Hinsicht nicht an brauchbaren und praktischen Vorschlägen. Hier kann und soll es sich nur darum handeln, die Notwendigkeit dieser Umgestaltung des gewerblichen Produktionsprozesses mit aller Deutlichkeit darzutun. Und so sehr sich auch die Gehilfen wie die Prinzipalsanträge zur diesmöglichen Tarifberatung widerprechen, so liegt ihnen doch der Gedanke gemeinsam zugrunde, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Es müssen neue Formen der Produktion und der Ertragsverteilung gefunden werden, und zwar solche, die auf dem Fundament der menschlichen Arbeitskraft aufgebaut sind; alles andere kann und darf nur Mittel zum Zweck sein, wenn sowohl Unternehmer wie Arbeiter nicht Knechte der Maschinen, sondern deren Meister in Zukunft sein wollen.

In diesem Sinne hat auch die dritte Forderung der Leipziger Maschinenmeister ihre volle Berechtigung, indem eine

allgemeine und gründliche technische wie wirtschaftliche Umgestaltung des gesamten Produktionsprozesses, der Lohn- und Preisgrundlagen im deutschen Buchdruckgewerbe nach sozialistischen Grundfäden

verlangt wird. Soweit hierfür allgemeine Gesichtspunkte in Frage kommen, sind diese in den vorausgehenden Darlegungen schon zur Genüge angeführt worden. Es kann sich daher hier nur noch darum handeln, diese Forderung in speziellem Zusammenhange mit der Maschinenproduktion zu beleuchten. In dieser Hinsicht verbleibt sich kein vernünftig denkender Maschinenmeister der Einfachheit, daß von seiner Arbeitsleistung nicht nur die Wirtschaftlichkeit seiner Tätigkeit, sondern die des gesamten Produktionsprozesses abhängt. Es sollte daher für jeden halbwegs logisch denkenden Menschen auch begreiflich sein, daß die Arbeitslust oder Arbeitsfreude des Maschinenmeisters nicht durch die ständige Gefahr seiner Arbeitslosigkeit wie unter einem Damokleseswert in den Schraubstock physisch niederdrückender Zwangsarbeit gepreßt werden darf. Unter den heutigen Verhältnissen ist dies aber der Fall, und zwar in erster Linie für jeden Maschinenmeister, der noch etwas an Menschenwürde und berufliche Leistungsfähigkeit hält. Die Gemütsbeit vor Augen, daß jede intensive Leistung die Gefahr einer Steigerung der Arbeitslosigkeit mit allen ihren Schattenseiten, insbesondere für charakterfeste Arbeiter, bedeutet, ist kein Stimulus für freudige Arbeit, wird es auch nie durch irgendwelche Prämienlotterien oder Süßholzarbeit. Im Gegenteil, solche Verhältnisse und Bewertungen enthalten ein moralisches Gift, gegen die der gesunde Menschenverstand jedes ehrlichen Arbeiters sich empört, weil er in dem gleichenden Geiste privatkapitalistischer Profitkennzeichen, die darin ausstrahlen, nur die Wurzeln des sozialen und wirtschaftlichen Elends der übergroßen Mehrzahl seiner Berufs- und Volksgenossen erblicken muß. Als Arbeiter empfindet es jeder Maschinenmeister tagtäglich, daß der ihm beruflich zugeleitete Produktionsabschnitt noch viele Verbesserungen und Beschleunigungen vertragen könnte, und zwar ohne seine oder seiner Arbeitskollegen Tätigkeit zu belasten; aber er sieht auch die wirtschaftlichen Gefahren solcher Verbesserungen für sich und seine engeren oder weiteren Berufskollegen, wie auch das „Muß“ statt ein „ich will“ im gesamten Arbeitsprozess. Jeder Maschinenmeister würde es z. B. begrüßen, wenn das Zurückziehen der Formen durch zweckmäßige Verbesserungen aller Vorstufen der graphischen Produktion vereinfacht und erleichtert würde. Und fast jeder Maschinenmeister könnte nach dieser Richtung brauchbare rationale Vorschläge machen, ohne sich auf das Gebiet der Rauchschneidereien und Kupferplattierungen zu verziehen. Aber die wichtigste Voraussetzung dafür wäre, ein viel innigeres und gleichberechtigtes Sand-in-Sand-Arbeiten aller Berufsangehörigen, und zwar von der Quelle der Druckaufträge bis zu ihrer Mündung beim Besteller. Was hier vom Maschinenmeister gesagt wird, trifft sinngemäß für alle Sparten des Buchdruckgewerbes zu. In dieser Hinsicht schlummern noch ungeahnte Schätze in jedem Produktionszweig. Sie zu heben, wird aber mit den bisherigen vulgären Mitteln privatkapitalistischer Schulweisheit nicht möglich sein, noch viel weniger durch Formalistengezäuber des niedrigeren römischen Rechts. Hierzu bedarf es einer herzhaften Ein- oder Umstellung auf den Begriff der ewigen Menschenrechte, die durch den privatkapitalistischen Produktionsprozess zwar in Fesseln gelockt, aber unter deren Druck zu immer härteren Krisen geworden sind, und in natürlicher Entwicklung ihre Fesseln mit Gewalt sprengen werden, wenn es einer höheren Einsicht in Unternehmerkreisen nicht vorher gelingen wird, diese Fesseln selbst zu lösen und das bisherige Knechtschaftsverhältnis der menschlichen Arbeit zu einem gemeinsamen Herrschaftsver-

hältnis über alle technischen oder materiellen Produktionsmittel auf wahrhaft sozialistischer Grundlage zu erheben.

Der Schlußsatz der Resolution der Leipziger Maschinenmeister stellt eine kraftvolle Bejahung dieser Möglichkeiten dar. Es ist ein offenes und ehrliches Bekenntnis hart geprüfter Arbeiter zur Arbeit. Mit ihrer ganzen beruflichen Leistungsfähigkeit verpflichten sie sich zur rationellsten Ausnutzung der Buchdruckmaschinen beizufügen und einem volkswirtschaftlich vorbildlichen Neuaufbaudes deutschen Buchdruckgewerbes mit allen Kräften zuzuhelfen, wenn die hier beleuchteten drei Forderungen anerkannt und durchgeführt werden. Dieses Bekenntnis stellt eine klassische Antwort auf die Anträge der Prinzipale zu den vor der Tür stehenden Tarifberatungen dar. Es ist keine Abfrage an die Forderung einer größeren Wirtschaftlichkeit bei der Vermehrung der gewerblichen Produktionsmittel, sondern eine zielbewusste Unterfütterung und Vertiefung. Allerdings liegen die Bedingungen oder Voraussetzungen dafür in einer anderen Richtung, als dies die Prinzipalsanträge erkennen lassen. Mögen die Prinzipale des Glaubens sein, daß ihre Anträge nach Sinn und Zweck ihren Interessen dienlich sind, und mögen sie ihre ganze Kraft und Macht einsetzen, diesen Interessen durch die Tarifberatungen Vorschub zu leisten, so werden alle ihre Bemühungen dennoch Sühnpfand sein und bleiben, wenn dem zukünftigen Produktionsprozess im deutschen Buchdruckgewerbe nicht dieser gesunde neue Geist der Arbeit im Interesse der Allgemeinheit zugrunde gelegt wird, der in diesen Forderungen der Leipziger Maschinenmeister zum Ausdruck kommt. Die Gesamtanträge der Gehilfenchaft liegen zum größten Teil in gleicher Richtung. Der drohende und verheerende Gegenstoß der Prinzipalsanträge, der die Gehilfenchaft in noch tieferer Knechtschaft der maschinellen oder sonstigen Produktionsmittel im Rahmen tariflicher und organisatorischer Bindung bringen will, hat es nötig gemacht, diesen Abblößen ein noch deutlicheres Paroli zu bieten. Selbst wenn es den Prinzipalen gelingen würde, unter nachteiligster Ausnutzung „juristischer“ Formalitäten diesem Geist der neuen Zeit noch einmal ein Bein zu stellen, so dürften sie davon in Zukunft keinen praktischen Erfolg haben. Denn nach alter Erfahrung kommt es letzten Endes nicht auf die Form irgendeines Gesetzes an, sondern auf den Geist, mit dem es aufgenommen, geföhrt oder befolgt wird. Und dieser Geist liegt in diesem Falle in dem bekannten Dichterwort:

Es gilt die Arbeit zu befreien,
Es gilt der Arbeit Ausernehen!

Leipzig.

„Qualitätsparten“

Das neue Stichwort ist gelunden. Hilfsarbeiter aller Druckerelien vereinigt euch zum Sturm gegen die „Qualitätsparten“! Der Korrektor S. Voll aus Leipzig (siehe „Korr.“ 118) wird euer Führer sein. Sinweg mit der „Qualität“! Gleiche Brüder — gleiche Kappen! Gleichen Lohn und gleiche — Arbeit? — nein! Jeder bleibe hübsch an seinem Platze. Das Betreten eines andern Berufs ist verboten. Wer bisher zur „Qualitätsparte“ zählte, solle sich's nicht einfallen, abzuwandern in eine Arbeiterchaft, die weniger „Qualitäten“ nötig hat.

Zum Scheit mit dem Fachsinne! Sinweg mit dem Bildungssinn! Nieder mit dem Bildungsverband! Wir brauchen keine „Qualitätsparten“, die uns den Lohn herabdrücken, die uns unsere Lebenshaltung herabziehen, die uns alles vor der Nase wegkauen! Warum kriegt der Rotateur mehr Lohn als sein Helfer? Warum soll ich mich aufschwingen zur „Qualität“? Hoch die „Quantität“, hoch die Masse, hoch die Menge Geldes, die ich ohne „Qualität“ durch Verzicht der „Qualitätsparten“ erhalten kann, die ich den „Qualitätsparten“ entziehen habe, um die ich das „Ergebnisbedürfnis (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erholung, Lebensfreude)“ — Bildungshunger gibt's ja gar nicht — der „Qualitätsparten“ herabdrücken und das meininge erhöhen könnte!

Wer eine Mark mehr verdient als der andre, der ist ein Schädling des Ganzen! 1000 Mann können sich für 1000 Mk. mehr Lebensmittel, Kleider usw. kaufen — auch Lachfleisch — als die Arbeitskollegen — ohne Fragen — mit dem niedrigeren Lohn.

Ach, daß uns alle doch der heilige Geist dermaßen erleuchte, um endlich neben dem Einheitslohn auch zu dem Einheitsverstande zu kommen! O sancta simplicitas!

Berlin.

Franz Jotag.

Korrektor und Spezialarbeiter

Kollege Grams fühlte sich berufen (Nr. 113), die Forderung eines Korrektorenvereins nach Einreihung der Korrektoren in die Gruppe „Spezialarbeiter im Sinne des Tarifs“, wie sie in dem Artikel des Kollegen Schmitz (S. 113) zum Ausdruck kam, in Grund und Boden zu donnern. Meines Erachtens ganz zu Unrecht. Denn einmal handelt es sich dabei absolut nicht um die „Neubildung“ einer Gruppe (siehe S. 10 Abs. 8 unres Tarifs) und erst recht nicht darum, lediglich als in „gebobener“ Stellung befindlich zu gelten und außerhalb unres Verbandes zu marschieren. Nein, werter Kollege Grams, einzig und allein die endliche Erlangung einer gerechteren und besseren Wertung unrer nervenzerrüttenden Arbeit ist der Leitgedanke jener Forderung! Wir wünschen die Schaffung einer „tariflichen“ Sandhabe, die uns das gleiche gewährt, was den übrigen sogenannten „Verantwortlichen“ schon lange tariflich gesichert ist. Und eben darin erblicken wir gerade das grobe Unrecht; denn gibt es in einer Druckerei überhaupt einen verantwortungsvolleren

Posten als den eines Korrektors? Die Korrektorenlage in Ehren, aber in puncto Erzielung eines fühlbaren Ausgleichs in der Einlohnung der Korrektoren haben wir immer sehr enttäuscht. Ein Hauptgrund mit, daß noch so mancher Kollege unrer Sparte fernbleibt. Wir wollen, daß Leistung und Gegenleistung der Korrektoren endlich in das richtige Verhältnis gebracht werden, und zwar von Tarifs wegen.

Was den verlangten Befähigungsnachweis angeht, so müte uns diese Forderung recht zinstlerisch an „Freie Bahn dem Tüchtigen“, wenn auch ohne große Prüfung, sollte hier oberster Grundsat sein und bleiben. Denn einen Korrektor, der nur auf Mahulatur abrichtet, wird ein Prinzipal nicht lange am Pulte sitzen lassen. Aber dies fällt kein Meister vom Himmel, auch kein „fertiger“ Korrektor. Den besten Lehrmeister und Prüflin biliet auch bei uns die tägliche Prax. So nicht Ansehlich und Überhebung führen zu unrem Standpunkte, sondern sachliche Erwägung in Wahrung berechtigter Interessen eines wahrlich geplagten Standes im Buchdruckgewerbe. Auf keinen Fall aber darf die Lösung der Bildungsfrage auf Kosten der Magenfrage erfolgen. Und gerade die letztere erscheint uns in heutiger Zeit als die weit wichtigere. S. 11 n. A. B. Br. Neuratb.

Anmerkung der Redaktion: Es ist gut, daß mit der Tarifdebatte nun Schluß eintritt; muß, denn es wird tatsächlich gerade in der Korrektorenlage viel aneinander vorübergebet. Was in dem Artikel z. B. über einen fühlbaren Ausgleich in der Einlohnung der Korrektoren gesagt wird, kommt d. h. in den Anträgen der Korrektoren zur Tarifberatung zum Ausdruck!

Keinen Lohnabbau!

Von Woche zu Woche steigen bei der nunmehrigen freien Wirtschaft die Fleischpreise. Zu Anfang unres jetzigen Lohnminimums (letzte Steuererhöhung) betragen sie 6 bis 7 Mk., heute 12 bis 16 Mk. und noch mehr. Ist das Preisabbau? Margarine, Schmalz, Marmelade, Süßholzwur, Zucker, alles ist in den letzten Tagen wieder teurer geworden.

Der Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe hat bewiesen, wie Prinzipale vorguehen verstehen. Im eignen Leibe aber haben auch die andern nicht die Not verspürt, losst würden sie uns nicht zumulen, an einem Orte ohne Lokalzuschlag mit 165 Mk. das Leben zu fristen. Welcher Prinzipal kommt denn damit aus? Nach dem Druckpreisestark wird heute bis zum C-fachen gegen früher berechnet, wo aber gibt es einen einfach höheren, doch nur den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Lohn?

Die Gehilfenvertreter sollten daher bei den Beratungen untre und damit auch ihre eignen Interessen energisch vertreten und für weitgehende wirtschaftliche Besserung einreten. Vor allen Dingen darf es keinen groben Unterschied mehr zwischen Großstadt- und Provinzlohnen geben. Darum angemessenen Aufbau! Auch wenn es die Prinzipale bei ihrer schönen und unvergesslichen Zusammenkunft in Bad Dornhausen anders beschloffen haben sollten. Wulterhausen. S. P. J. J.

Su den Berliner Verhandlungen

In Anbetracht der bevorstehenden Tariflegung haben hier schon viele Kollegen darüber gesprochen, daß es die höchste Zeit ist, daß untre Korren Prinzipale die nötige Vernunft aufbringen, um der Sagung zu einem guten Ausgang zu verhelfen. Mit Bezug auf den Artikel „zur Tarifberatung“ in Nr. 115 muß man mit Bestimmtheit sagen, daß jener Kollege beim Vergleiche des Lohnes mit den Lebensmitteln nicht zu hoch gegriffen hat, sondern das Gegenteil ist der Fall, was ja schon selbst jeder erfahren haben wird. Im Vergleiche zu den Preisen der nötigsten Lebensmittel reichen untre Löhne erst halb aus. Und doch soll man damit sein Leben fristen. Wer kann das? Besonders seit letzter Zeit, da etliche Lebensmittel marktfrei wurden, sind die Preise dafür ungeheuer gestiegen und kaum noch zu bezahlen. Nun, hoffen wir das Beste. Mühen die Buchdrucker wieder ins Dunkle schauen, dann würden viele von ihnen auf einen Ausweg gedrängt werden, der vielleicht gefährlich werden könnte. Dorsten i. Westf. H. H.

Briefkasten

B. A. in B.: Zur Aufnahme angenommen. — C. F. in A.: Der Schlußpassus wird jedenfalls in Fortfall kommen; sonst ist kutterbar. — W. A. in B. A.: Eingang wird bestätigt; werden bei dem vielen, was dazu vorliegt, darauf nur kurz eingehen. — W. C. in B.: Also sind zwei geistliche Großluden zu erwarten? — S. P. in B.: Was haben Sie denn saulen gebüht? An den Streidungen werden Sie merken, wo es zu stark vorbeigang. Früher zu kommen war wohl auch nicht möglich? — H. B., P. M. und A. B. in B.: Der Artikel wird mit einigen Zusammenstellungen gebracht; es kann ein solcher Anstoß auch in einem Gewerkschaftsblatt gegeben werden. — S. B. in B.: Sie konnten Ihren Tarifartikel doch auch früher einreichen! Seit wann sind denn Radelti & Sille die „Korr.“-Redaktion?

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 511.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Aufforderung

Alle Kollegen, welche die von der Firma Radelti & Sille in Leipzig (also vor der Übernahme des Betriebes durch den Verlag des Bildungsverbandes zu Anfang Juli d. T.) bezogenen Verbandsgeschichten noch nicht bezogen haben, werden ersucht, die rückständigen Beträge umgehend an den Verbandskassierer Z. Schweißing, Berlin SW 29, Chamißplatz 511, einzufenden.

Veranunungskalender

Forst (Rauff). Veranunung heute Sonnabend, den 23. Oktober, im Vereinslokal Richter, Kottbuser Straße 33.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuzufenden.

Beilage zu Nr. 120. — Leipzig, den 23. Oktober 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Die monatlichen Leser des „Korrespondent“, vor allem aber die Nichtabonnenten, werden freundlichst ersucht, in ihrem eignen Interesse sofort bei der Post zum nächsten Monatsbeginn die Neubestellungen aufzugeben, damit die Post zum nächsten Monatsbeginn die Neubestellungen aufgeben kann. Die Neubestellungen sind zu richten an den „Korrespondent“, Postfach 100, Leipzig. Die Neubestellungen sind zu richten an den „Korrespondent“, Postfach 100, Leipzig. Die Neubestellungen sind zu richten an den „Korrespondent“, Postfach 100, Leipzig.

Ernährungswirtschaft

Die „Entwicklung“ der freien Wirtschaft und ihr Herold Hermes

Wie im übrigen alle Angelegenheiten darauf hindeuten, daß die freie Wirtschaft vor dem Zusammenbrüche steht, so ist es im besondern bei der Ernährung der Fall, wo man eben erst wieder anfängt, frei zu wirtschaften, d. h. mit der unbedingtesten Auswucherung des Volkes. Die Interessenten hätten bei Übergang zur freien Wirtschaft die von ihnen in allen Konjunktur belungene Fähigkeit beweisen können, aber das wird ihnen nie gelungen, da nur ihr für die Allgemeinheit verhängnisvoll werdendes Profitinteresse ausschlaggebend ist und nicht die Verlogung des Volkes. Alle Nahrungsmittel stiegen nach der Freigabe im Preise rapid in die Höhe, und was hierbei noch übrig blieb, das vollendete eine wahnsinnige Preistreibe der Interessenten, die betrieben wurde auf Grund ihres berechnenden, aber einfühligen Selbstrebens, unsere Preise den Weltmarktpreisen anzupassen, was natürlich die schlechte Valuta niemals zuließ. Wie das Volk solche Preise bezahlen sollte, darum sorgten sich die Herrschaften samt ihren bürgerlichen Fürsprechern nicht und wollen es auch heute noch nicht tun. Zudem ist das Ministerium Hermes ihr willkürliches Instrument, das die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung mit Hochdruck betrieb, wenigstens es bei dem Sprung ins Dunkle gewisse Bedenken nicht unterdrücken konnte. Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz hat die Aufhebung der Fleischgewirtschaftung, gegen die Sachen im Reichsrate ganz allein energisch protestierte, als ein Verbrechen am deutschen Volke bezeichnet. Hermes legt sich über das von ihm so geförderte Verbrechen mit Söffnungsphrasen hinweg!

Im Bereich der Brotverlogung läßt sich die Interessenten, die im Reichswirtschaftsrat stark vertreten sind, beinahe eine Glanznummer geleistet. Die Unternehmer, vor allen Dingen Sinnes, wandten sich im volkswirtschaftlichen Ausschusse dagegen, daß der Brotpreis weiterhin auf Kosten der Reichskasse verbilligt wird. Schließlich wurde doch beschlossen, daß der Mehrpreis für Auslandsgelreide vom Reiche gedeckt werden soll. Das Brot wäre gegebenenfalls zunächst nur für die Städte verfertigt worden und schließlich wären auch im allgemeinen unabhöhrbare Wirkungen auf den Inlandspreis zu erwarten gewesen. Im übrigen läßt die Bewirtschaftung des Brotreichs stark zu wünschen übrig. Es wird fast mehr verlohren als abgelernt, und die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung sorgt dafür, daß Unmengen verpilfter werden, was für die Brotverlogung noch das Schlimmste befürchten läßt.

Die Lage auf dem Kartoffelmarkt blieb weiter ungeklärt und wird immer trostloser. Die Händler und Verkäufer klagen, die Landwirte geben keine Kartoffeln zu dem festgesetzten Preise von 25 Mk. ab und bezeichnen ihre Kartoffelvorräte als „Vertragskartoffeln“, die bekanntlich auf 31,75 Mk. belassen wurden. Große Mengen werden von den Landwirten eingemietet — angeblich als Vertragskartoffeln —, so daß die begehrten Bestellungen schon übertroffen werden. Die Kartoffelgroßhändler stellen deshalb allenfalls den Verkauf ein, weil sie zu den hohen Preisen in den Städten keine Abnehmer finden. Die Beibehaltung des hohen Vertragspreises erweist bei ihnen den Anschein, als ob dem freien Handel systematisch Schwierigkeiten bereitet werden sollten. Von einer Regelung aber, die sonst programmäßig alle Wünsche der Interessenten erfüllt und die Wohlfaht des Volkes mitacht, kann das nur in ihrer totalen Unfähigkeit unbewußt geschehen sein. Wenn die Landwirte weiter die Kartoffeln zurückhalten und sich mit den Händlern über erschwinglichen Preis nicht einigen, entsteht die schwere Gefahr, daß die augenblickliche Zeit noch günstiger Verhältnisse und annehmbaren Welters ungenützt verstreicht und die Verlogung der Städte später ganz schweren Störungen ausgesetzt wird.

Andererseits hört man, daß die Aberschubgebiete von Aufkäufern überlaufen werden, wie beispielsweise die Altmark, wo Aufkäufer der großen Werke in Rheinland-Weßfalen (Zschöben, Sinnes usw.) bis zu 35 Mk. für den Zentner bieten; auch angebliche Aufkäufer der Reichskasse waren am Werk und boten hohe Preise. Das muß natürlich den Wucher fördern. In verschiedenen Gegenden zwingt die erregte Bevölkerung die Bauern auch weiterhin, die Kartoffeln je nach den Verhältnissen zu 25, 20,

18 oder 15 Mk. zu liefern. Daß die Landwirte die Kartoffeln zurückhalten, dafür macht das Ernährungsministerium den Volkswirtschaftlichen Ausschub verantwortlich, weil er einen Höchstpreis von 25 Mk. festsetzte, ohne gleichzeitig die Ware zwangsweise erfassen zu können. Die „freie“ Vereinbarung, die unter seiner Aufsicht zwischen Erzeugern und sonstigen Interessenten einerseits und Verbrauchern andererseits getroffen wurden, ist darunter. Ob mit Vorzürillen oder freier Vereinbarung, die profitlößeren Landwirte machen doch, was sie wollen.

In Sachsen gelang es dem Landespreissamt im Verein mit den Preisprüfungsstellen und den Verbrauchervertretern, die Landwirte in verschiedenen Teilen des Landes zu veranlassen, die Kartoffeln um 8 bis 10 Mk. herabzusetzen. Es hält einen Preis von 15 Mk. unter den jetzigen erhöhten Erzeugungskosten für angemessen. Die meisten Landwirte wollen aber die Regelung nicht anerkennen und weisen namentlich im Bautzener Bezirke, wo sogar ein Preis von 22,50 Mk. vereinbart wurde, darauf hin, daß die Regelung zu spät kommt, da die Kartoffeln meistens schon zum höheren „Vertrags“preise verkauft wären. Im Döbelner Bezirke wurden 18 Mk. bei einer Ablieferung von 200000 Str. erzielt und im Chemnitzer Bezirke, wo jetzt eine größere Kartoffelproduktion nach der Fischehowskwaite angehalten und an die Bevölkerung verteilt wurde, gar nur ein Einheitspreis von 25 Mk. vereinbart. Die beachtliche Verchiebung ist nur eine Folge von reichlicher Ausfuhr und zu geringer Abnahme, weil die Kartoffeln zu teuer sind.

In Leipzig waren die Vertreter der Landwirte auch nur bereit, die Kartoffeln unmittelbar an die Verbraucher zu 25 Mk. abzugeben, neben einem Teile für Minderbemittelte zu 20 Mk. Die Kartoffeln sind aber nur in vereinzelten Fällen dafür zu haben. Die Ausfuhr bleiben auch aus, und im allgemeinen richtet man sich nach den Abmachungen nicht, wenn nicht mit Nachdruck nachgeholfen wird; aber gesetzliche Handhaben fehlen. Der öffentliche Ruf des Rates der Stadt Leipzig an die gesamte deutsche Landwirtschaft, der das überaus ungesunde Verhältnis zwischen Lohn und zugunommener Leistung anschaulich schildert und auf die Not im kommenden Winter hinweist, redet eine gar deutliche Sprache. Wird er aber erhört werden? Werden unsere Prinzipalsführer aus Leipzig aus diesem immerhin anerkennenswerten Schritte des Leipziger Rates bei den jetzt beginnenden Tarifverhandlungen die entsprechende Konsequenz ziehen? Die Zustände sind viel zu ungünstig bei den Selbstkosten von 12 bis 13 Mk. Verschärfte wird diese Lage noch durch die ungesetzlichen Ausfuhrverbote der angrenzenden Staaten. Derweilen der Rat der durch die Messen unverhältnismäßig verteuerten und deshalb überall in Minderheit gekommenen Stadt Leipzig Alarmrufe ergehen läßt und die Arbeitererschaft in einer großen Zahl von Massenversammlungen die letzten Warnrufe erschallen läßt, muß der große Konsumverein für seinen neuen Kartoffeleinkauf den Preis schon auf 36 Mk. erhöhen. Wer kann denn das noch bezahlen?

Die Bewegung zur Senkung der Kartoffelpreise ist sonst meistens in ruhige Bahnen gelenkt, zum Teil auch abgelenkt, was sehr bedauerlich werden muß, denn die Aktionen in den Großstädten haben die Preise sehr wenig beeinflusst. Die sogenannten Verständigungen zwischen Erzeugern und Verbraucher haben in mittleren und kleineren Orten aber teilweise annehmbare Resultate erzielt. Zuweilen erfolgte eine Entlung auf Kosten der Verbraucher. Die Zustände sind unzureichend, der Erzeuger behauptet das Feld. Nur wenige haben im Verhältnis den Vorzug, billige Kartoffeln zu erhalten. Aber es sind genug Kartoffeln vorhanden. Deshalb sollte überall ein Aukertes, ein Zehntes verlost werden. Von Reichs wegen müßte vor allem der zu hohe Reichskartoffelpreis herabgesetzt werden, dann wird auch im übrigen je nach Verhältnissen Ermäßigung zu erzielen sein. Daß die Stadt Wachen schon wieder zur Rationierung der Kartoffeln zurückgekehrt ist, damit alle Bevölkerungsschicht solche erhalten können, spricht doch Bände gegen die Hermes-Wirtschaft.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Kassel gab es eine Wirtschaft- und Ernährungsdebatte, bei der ein Antrag zwischen Wirtschaftspolitik und dergleichen Bauers und Schmidts erfolgte. Willst kritischer hauptsächlich die übermäßige Einführung von Lebensmitteln. Die jetzige verfehlte Ernährungspolitik sei nur eine Fortsetzung derjenigen von Robert Schmidt. Demgegenüber verteidigte Robert Schmidt die während seiner Amtszeit getroffenen Maßnahmen mit Erfolg. In Ermanglung ausreichender Lebensmittel sei die Einführung notwendig, und für das Glasno der großprecherischen Nachfolger könnte er nicht verantwortlich gemacht werden. Seemann (Berlin) machte über den Ernährungsminister Hermes aufsehenerregende Entfahrungen von welltrender Bedeutung und stellte einen Antrag auf Entlerung aus dem Amt, der auch mit knapper Mehrheit angenommen wurde. Der Ernährungsminister Hermes hat kein Amt dazu mißbraucht, das Volk schwer zu schädigen. Er hat der Reichskasse und dem Reichsauswäuf für die und Fette verboten, weitere Einkäufe zu machen, weil er im Grunde die freie Wirtschaft mit Fellen herstellen wollte. Dazu kam es aber nicht, er kam vielmehr im September zu der Er-

kennntnis, daß kein Plan nicht durchführbar ist und hat nun Anweisung gegeben, einzukaufen. Inzwischen aber waren infolge der Verschlechterung unfer Valuta die Preise für alle Fette bedeutend gestiegen. Für die Margarinebereitung kostet jetzt das kilo 22, gegen 11 Mk. Anfang Juni. Der dem deutschen Volke zugestigte Schaden beträgt hier allein 900 Millionen. Am 1. August hat Hermes die deutsche Süßfruchtener freigegeben, nachdem sie bereits vor der Ankündigung zu einem Drittel abgeliefert war und obwohl kein Interessent die freie Abgabe gefordert hat. Die Folge davon war, daß der Preis für die Sonne Kaps von 2500 auf 7500 Mk. stieg. Den Landwirten, die bereits abgeliefert hatten, wurden 2000 Mk. für die Sonne nachbezahlt. Diese Nachzahlung hat das deutsche Volk mit 313 Millionen belastet. Auch in der Schmalzwirtschaft hat Hermes den rechtzeitigen Einkauf verhindert. Für den nächsten Monat allein werden gar 72 Mill. Mk. zur Lebensmittelbeschaffung aus dem Auslande gebraucht. Die Duldung besselicher Beamter in Hermes' Refektor ist gleichfalls nachgewiesen. Unter solchen Umständen ist keine sofortige Entlerung geboten; selbst auf die Gefahr hin, von bürgerlicher Seite keinen sonderlich besseren Erfolg zu erhalten, gehört es wohl zur Unmöglichkeit, daß solche Dummheiten, die man mit Mangel an Zahlungsmitteln entschuldigt, überhoben werden können.

Die militärisch-bureaucratische Zwangswirtschaft, die die Erzeuger begünstigt, vampirische Kartellgesellschaften, Schieber- und Wuchererum großzog, hat uns und konnte uns keinen Segen bringen. Aber so, wie die Dinge liegen, kann es erst recht nicht die freie Wirtschaft. Sie würde das Schieber- und Wuchererum nur legalisieren, solange der Mangel an Nahrungsmitteln besteht. Wir können die Ernährung des Volkes nicht der freien Spekulation überlassen. Der geeignete Weg müßte eigentlich allen bekannt sein. Wir haben bereits an dieser Stelle auf eine gebundene Wirtschaftsweise hingewiesen, die uns die Schwierigkeiten leichter überwinden lassen wird. Die Frage ist nur, wie die gebundene Wirtschaftsweise bezüglich der Ernährung am zweckmäßigsten ausgebaut werden kann. Dieses Wie kann und muß von unsern Ernährungsstrategen gefunden werden mit der notwendigen Unterstützung durch die organisierte Arbeitererschaft.

Korrespondenzen

N. Krawitz. Die Generalversammlung am 19. September war leider nur schwach besucht. Nachdem das Protokoll verlesen und der Kasienbericht gegeben war, erstattete Kollege Vogler den Bericht über den Gang. Sämtliche Diskussionsredner bedauerten, daß man den Anträgen der Provinzkollegen so wenig Rechnung getragen habe. Man müsse sich aber mit den gefassten Beschlüssen abfinden. Es wurde beschlossen, das Strafgehd für unentgeltliches Veräumen einer Generalversammlung auf 3 Mk. zu erhöhen. Auch der Ortsvereinsbeitrag wurde um 15 Pf. die Woche erhöht. Die Kosten für die Erhaltung des ober-schlesischen Arbeitsnachweises müssen die tariftreuen Gehilfen und Prinzipale selbst aufbringen. Es wird von den Gehilfen hierzu ein einmaliger Beitrag von 1 Mk. pro Kopf und Jahr erhoben. — Das 25jährige Stiftungsfest des Ortsvereins, verbunden mit der Ehrung der beiden Verbandshilare Miklowitz und Hutnig, soll am 24. Oktober gefeiert werden. Im selben Tage vormittags findet eine Bezirksversammlung statt.

S. Stresfeld. Die Monatsversammlung vom 11. September war nur mäßig besucht. Unter „Eingangs- und Mitteilungen“ begründete Vorsitzender Jahren die Notwendigkeit der sofortigen Neuwahl eines Schriftführers, die sodann vollzogen wurde. Ein Antrag auf Abfassung des „Korr.“-Dollatoriums wurde mit 24 gegen 23 Stimmen angenommen. Die Frage, ob berufliche Arbeit nach Feierabend für eigene oder fremde Rechnung gestattet sei, wurde mittlerweile vom Gauvorstand vernennend beantwortet. Bei Stellung der wirtschaftlichen Lage der Buchdruckergehilfen im besetzten Gebiet im allgemeinen und Sirefeds im besondern, die eher eine Lohnerhöhung als Lohnabbau rechtfertigte, erwiderte die auch hierorts leidige Kartoffellage lebhaftes Interesse. Es wurde festgestellt, daß trotz allen Anstrengungen, auch des Gewerkschaftskartells, die Verlogung der minderbemittelten Bevölkerung in Frage gestellt sei. Kartoffeln sind zwar genug vorhanden, aber selbst für Kollegen in ländlichen Vororten nur zu unerwünschten Wucherpreisen erhältlich. Die Behörden verlangen, Kreisausfuhrverbote nach den nächsten Verbrauchszentren stehen im Gegenfalle zur Verschlebung größerer Mengen, freilich auf bezahlter Ware, nach dem unbesetzten Deutschland. Wenn diese Verhältnisse sich nicht ändern, wird das hiesige Gewerkschaftskartell der Erwägung der Frage, ob den vielen hier beschäftigten Arbeitern aus der künftigen Umgebung, die vielfach selbst wuchernde Erzeuger sind, nicht der Profitorb höher gekürzt werden soll und dadurch uns der Kartoffellage niedriger, die Zeit folgen laßren. Der Vorstand hat sich noch veranlaßt, die Perlammlung auf eine demnächstige Ortsvereinsbeitragerhöhung, die unumgänglich sei, vorzubereiten.

Mannheim. In der Bezirksversammlung am 16. Oktober gelangte folgende Resolution nach ziemlich heftiger und ausgedehnter Debatte einstimmig zur Annahme: „Die am 16. Oktober im „Prinz Max“ tagende, sehr gut besuchte Bezirksversammlung erklärt sich mit dem zum Tarifneubau gestellten Anträgen einverstanden und erwartet von den Gehilfenvertretern ein unbedingtes Festhalten an sämtlichen gestellten Anträgen. Sie immer mehr um sich greifende Verelendung der Gehilfenschaft erfordert gebieterisch eine merkwürdige, den Verhältnissen wirklich angepasste Feuerungsulage. Kein Tarifabschluss ohne Zustimmung zu dieser Forderung. Die Versammlung spricht ihren Gehilfenvertretern das volle Vertrauen aus, daß sie die zur notwendigen Lebenshaltung der Gehilfenschaft gestellten Mindestforderungen mit aller Energie vertreten und steht bei dem bevorstehenden schweren Kampfe geschlossen hinter ihren Führern.“

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. Die Buchdruckerei C. W. Walter in Wehlisch gewährte ihrem gesamten Personal eine einmalige Beihilfe zur Karloffelverforgung. Verbeiratsrate erhielten je 100 Mk., Ledige 50 Mk., und die Lehrlinge je 25 Mk. Gelegenheitlich der Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens überreichte die Buchdruckerei J. Waldkirch & Co. in Ludwigschanen a. Rh. ihren Angestellten und Arbeitern Beträge von 500 bis zu 50 Mk. abwärts, je nach der Dauer der Geschäftsangehörigkeit, wobei etwa 150 Betriebsangehörige in Frage kamen. Ferner erzielte die Firma eine Stiftung mit 50000 Mk. zur besonderen Unterstützung für nollebende Mitarbeiter; diese Summe soll jährlich noch Erhöhung erfahren. — In Frankenthal (Pfalz) gewährte der Inhaber der „Neuesten Nachrichten“, Ernst René Grober, anlässlich seines 25jährigen Berufsjubiläums seinem gesamten Personal eine Wirtschaftsbeteiligung, und zwar den Verbeiratsraten und Älteren ledigen Kollegen je 250 Mk., den jüngeren ledigen Kollegen je 150 Mk. und den Lehrlingen je 50 Mk. — Unter Anerkennung der besonderen Verdienste der Buchdrucker infolge der zunehmenden Teuerung bewilligte in Solingen die Sozialdemokratische Genossenschaftsbuchdruckerei („Berghische Arbeiterstimme“) den Verbeiratsraten eine wöchentliche Zulage von 40 Mk. und den Ledigen 30 Mk.; ab 1. November sollen nach Regelung der Deckungsfrage weitere 20 Mk. gewährt werden; die Buchdruckerei Rabitz gewährte 25 Mk. wöchentliche Zulage für Verbeiratsrate und 10 Mk. für Ledige; die Buchdruckerei Albrich gewährte 10 Mk. wöchentliche Zulage und die Buchdruckerei Wolf bewilligte eine einmalige vorläufige Wirtschaftsbeteiligung von 150 Mk. für Verbeiratsrate und 75 Mk. für Ledige. Dadurch sind in Solingen von rund 90 Buchdruckern 60 zum Teil ab 8. Oktober, teils ab 15. Oktober in den Genuß einer Sonderzulage gekommen.

Den Bezug des „Jungbuchdruckers“ betreffend. Zur Vermeidung zahlreicher Anfragen aus Lehrlingskreisen, deren spezielle Beantwortung erhebliche Postkosten verursachen

würde, weisen wir an dieser Stelle darauf hin, daß alle den Bezug des „Jungbuchdruckers“ betreffende Angelegenheiten mit denjenigen örtlichen Verbandsfunktionären geregelt werden müssen, die die Beiträge für die Verbandsabteilung verrechnen. Vom 1. Januar 1921 an ist der „Jungbuchdrucker“ nur noch durch die Post bezugsbar zum Preise von 2 Mk. vierteljährlich. Auch den Postbezug regeln die betreffenden Verbandsfunktionäre. — Nr. 7 des „Jungbuchdruckers“ ist begriffen. Wenn Nachbestellungen in genügender Anzahl einen Nachdruck der Nummer rätlich erscheinen lassen, wird ein solcher erfolgen. Bestellungen darauf mühten allerdings umgehend beim Verlage des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker in Leipzig, Salomonstraße 8, aufgegeben werden.

Sozialisierung und Technik. Zur Frage der Sozialisierung hat der brandenburgische Gattag des Bundes der technischen Angestellten folgende Entschliessung angenommen: „Der brandenburgische Gattag des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, die Vertretung von über 20000 Technikern, stellt fest, daß alle bisherigen Verluste, zu einem Aufbau Deutschlands zerrütteter Wirtschaft zu gelangen, sehigeschlagen sind. Auf der einen Seite steigt der Luxus der bestehenden Klasse ins Ungemessene, während die Masse des Volkes tiefer und tiefer im Elend versinkt. Der einzige Weg zur Rettung ist die auf der Bedarfsdeckung beruhende vorsehlichste Wirtschaft. Angesichts des in greifbarer Nähe rühenden allgemeinen Zusammenbruchs muß ohne Verzug das ganze Wirtschaftsgetriebe in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden. Die technischen Angestellten denken nicht daran, sich mit einer Scheinsozialisierung abzugeben und fordern als Mindestmaß dessen, was in der aller kürzesten Zeit zu verwirklichen ist, die Vollsozialisierung des gesamten Bergbaues nach Vorschlag 1 der Sozialisierungskommission. Sie fordern ferner die Sozialisierung der andern wichtigsten Grund- und Rohstoffe und den sofortigen Beginn der Vorbereitungen für die Sozialisierung der lebenswichtigen Industriezweige. Der Gattag ruft deshalb alle Gewerkschaften auf, wer und wo sie auch seien, ihre ganze Kraft in die Verwirklichung dieses Zieles zu legen. Die Angestellten und ihre Vertretungen müssen den Betriebsrat das Material zur Übernahme der Produktionskontrolle verschaffen. An alle aber richten sie die Forderung, auf die Parteien sowohl als auf die Regierung mit den schärfsten Mitteln einzuwirken. Werden diese Forderungen nicht in aller kürzester Zeit erfüllt, so bleibt als einziger Weg nur die von den Gewerkschaften getragene Selbsthilfe der gesamten Arbeitnehmerchaft.“

Zur Arbeitsbeschaffung für das graphische Gewerbe. Das Graphische Kartell in München beschloß sich vor einigen Tagen mit den untern Lesern schon bekannten Vorschlägen Dr. Eislers über eine werkschaffende Arbeitslosenfürsorge durch Notstandsarbeiten im Buchgewerbe. Dr. Eisler hielt einen entsprechenden Vortrag und fand aufmerksame Zuhörer. In der anschließenden Aussprache wurde auf eine Reihe von Schwierigkeiten und Bedenken hingewiesen, die bei der Ausführung der Theorie in der Praxis zweifellos hervorgerufen werden. Das Ergebnis der regen Beratung war die Annahme eines Antrags, nach dem eine Kommission aus Angehörigen jeder Berufsgruppe

gebildet wird, die zusammen mit Dr. Eisler die ganz Frage weiterzubehandeln und das Ergebnis ihrer Beratungen einer weiteren Sitzung des Graphischen Kartells vorzulegen hat. — Auch in Bielefeld beschloß sich das Graphische Kartell mit der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für das graphische Gewerbe. Insbesondere wurde die Zurückhaltung der Druckaufträge und die mangelnde Einsicht der Behörden in einer entsprechenden Veröffentlichung in der Tagespresse kritisiert. Lebhaftige Klage wird auch dort insbesondere über die ungerechte Verteilung der Druckaufträge geführt. Einzelne Firmen erhalten so viele Aufträge, daß sie diese nur unter Zuhilfenahme von Arbeitsstunden technisch bewältigen können, andre dagegen werden bei Vergebung von Drucksachen glatt übergangen. Die kurzfristigen Maßnahmen der Behörden müssen energisch bekämpft werden, und letztere haben die Pflicht, im Rahmen der Möglichkeit, dem immer drohenden werdenden Gespenst der Arbeitslosigkeit in Buchdruckerleuten durch Verteilung von Druckaufträgen nach Kräften entgegenzuwirken, wobei eine gleichmäßige Berücksichtigung der nollebenden Druckerien gewährleistet sein muß.

Sprunghafte Steigerung der Lebenshaltungskosten in Leipzig. Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig ergab der Mindestaufwand einer aus zwei Erwachsenen und drei Kindern von 12, 7 und 1½ Jahren bestehenden Familie in den letzten drei Monaten bis in die letzten Tage (bis 17. Oktober) folgende Siffern:

	I.	II.	III.	IV.
	f. Nahrung, Wohnung, Bekleidung u. sonstig.	für Genußmittel, Körperpflege, (ohne Nahrung), Erhaltung, ein Wirtschaftsgeld, Kultur u. Unterhaltungsgeld, Ausgaben	Gesamt	Möblich
vom 22. 8. bis 19. 9.	813	449	1262	315,50
„ 30. 8. „ 26. 9.	814	449	1263	315,75
„ 6. 9. „ 3. 10.	819	451	1270	317,50
„ 13. 9. „ 10. 10.	826	451	1277	319,25
„ 20. 9. „ 17. 10.	842	454	1296	324,00

Die Teuerungszahl I ist weiter erheblich, und zwar zu Anfang dieses Monats, sprunghaft gestiegen; sie hat den Stand von Ende Mai/Anfang Juni wieder erreicht. Der Grund liegt in dem Anziehen der Preise für Hülfenfrüchte und Getreide sowie für Fleisch infolgedessen, als hierfür nach Aufhebung der Zwangswirtschaft im letzten Bierwochenabschnitt zum erstenmal eine amtliche Verteilung aufgesetzt und dafür nur noch der höhere Freihandelspreis zur Berechnung kam. Die Teuerungszahl II hat gleichfalls eine geringe Erhöhung erfahren. Die Teuerungszahlen I und II nach den vom Statistischen Amte der Stadt Leipzig aufgestellten Grundzahlen, beide unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Leipziger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Groß- und Kleinhandels, berechnet; vergl. Dr. Lübke, Preise und Kosten der Lebenshaltung in Leipzig, in Heft 1 und 2 der „Mitteilungen des Statistischen Amtes“ (Verlag von Wilhelm Schunke, Kossbergische Buchhandlung in Leipzig; Preis 3 Mk. und 20 Proz. Teuerungszuschlag).

Achtung!
Dienstag, den 26. Oktober, abends 7½ Uhr, in der „Neuen Welt“,
Salenbelde:
Bolksinfoniekonzert
ausgeführt vom verstärkten Blüthner-Orchester (70 Künstler). Leitung: Walter Winnig. Solist: Rudolf Laubenthal vom Deutschen Opernhaus. Programm: Beethoven—Mozart—Wagner.
Eintrittskarten zum Vorzugspreis von 3,50 Mk. (Kassenpreis 4,50 Mk.) auf der Verwaltung zu haben. [365]

Flotter Akzidenz- und Inseratensetzer
sowie ein
flüchtiger Linotypsetzer
(Ideal), kein Anfänger, finden dauernde Stelle. Nur wirklich flüchtige Kräfte wollen Zeugnisabschriften und Lohnforderungen richten an
S. Kottendorf, Side 1. W. [375]

Typographsetzer
zum 15. oder 22. November gesucht.
Offerten erbeten an [370]
Genossenschaftsbuchdruckerei
Sendershausen, Neußadlstraße 18.

Junger Setzer
in allen Sprachen bewandert, der auch im Maschinensatz arbeiten kann, sucht sofort Stellung. Galt wohin! [380]
Neußatz (Dber), Friedrichstraße 60 III.

Junger Setzer
in all. Sprachen bewand., sucht sofort. Stell. Galt wohin! Off. erb. an A. Hoffmann, Neußatz (Dber), Lindenstraße 3. [381]

Schiffsetzer
für russischen Satz nach geschriebenen Mannskript [376]
Otto Drewitz, Berlin, Giltshiner Straße 106.

Linotypsetzer
Züchtiger
20 Jahre alt, mit 2½-jähriger Praxis, guter Maschinensetzer, mit Mehrmagazin, außerordentlich verträglich, sucht baldige Stellung.
Angebote unter Nr. 362 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gelegenheit!
Großes Meiners Konversationslexikon 21 Bände, jedes Bändchen, sehr gut erhalten, mit Synonymen, Preis 800 Mk., Leipzig, Querstraße 31 III rechts.

Sieben erschienen:
Technische Flugschrift
der Zentralkommission der
Maschinenmeister Deutschlands
Schmitz
Eine technische Vorlesung für
Buchdruckmaschinenmeister
Zusammengestellt von
G. Dörband, Berlin
Preis portofrei 1 Mark
Verlag des V. M. d. D. B.
GmbH, Leipzig, Salomonstr. 8
Postfachkonto 53430

Sieben erschienen:
Philharmonie-Album
2 Bände auf holzfreiem Papier,
elegant gebunden 43,20 Mk.
Auch einzelne Bände für 21,60 Mk.
Band I: Salomonmüllh., Opernmusik, Lieder und Balladen, Heitere Gesänge, Opernreizen und Tanz, 52 Musikstücke.
Band II: Opernmusik, Operette und Tanz, Salomonmüllh., Ernte und heitere Lieder, Polpourri, 45 Musikstücke.
Gesamt 10 Proz. monatl. Abzahl.
G. S. Otto & Co., Berlin-Nichterfelde.

Typographsetzer!
Gummischnitzerei zur Wasserführung,
Franz Müllsch, Stuttgart-Gaitzburg.

Maschinenband
Griedensqualität, Heieren
Regner & Rosl,
Puffendorf, Graf-Adolf-Str. 112.
Gautschbriele
auf Blüthen 1 Mk., u.
mit Synonymen, 1,25 Mk. auf Karten.
6,50 Mk. empfiehlt St. Sieg, München 8.

Preisermäßigung!
Zigarillos
empfehle zu 30, 32, 35,
40 und 45 Mk. pro
100 Stück, desgleich, Hamburger
Stumpfen, vorzögl. Qual., etwa
10 cm lang, 52 Mk. pro 100 St. (Fabrik-
preis 70 Pf.). Ferner
Zigaretten (reiner Tabak) 16, 18, 20,
22 bis 40 Mk. pro 100 St.
nur an Private zu verkaufen; bei 500
Stück franko, bei 249
Rauchtabak Sorten: Marke „König-
tum“ 23 Mk., „Geele“ 25, 26, 30 Mk.,
„Musese“ 27, 30 Mk. pro Pfd. Ab 5 Pfd.
franko! Viele Anerkennungsbriefen.
Ein Versuch überzeugt!
Tabakverhand Donius,
München, Schwanklater Straße 63.

Für die langen Winterabende
Jules Bernes Werke
30 verschiedene Bände
gehört für 120 Mk.
Dumas, Grau, Monte Christo geb. 20 Mk.
„ Die Lotenhaid geb. 20 Mk.
„ Die drei Musketeere geb. 20 Mk.
„ Zwanzig Jahre nachher geb. 20 Mk.
„ Jehn Jahre spä er geb. 20 Mk.
„ Der Herr der Welt geb. 20 Mk.
„ Das Halsband der Königin geb. 20 Mk.
„ Folep Balsamo geb. 20 Mk.
Gesamt 10 Proz. monatl. Abzahl.
G. S. Otto & Co., Berlin-Nichterfelde.

1 Dhd. ff. gefchl. Schlössel
1 Dhd. dto. Gabeln
1 Dhd. dto. Teelöffel
zusammen [377]
80 Mk. franko gegen Nachnahme,
Kollege Oskar Stamm, Rudolfsfeld,
Aluminiumverhand, Adornerstraße 5.

Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten der Portofreiheit wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, keine Stadtpostgebühren. Geschäftsstelle des „Norr.“


Telzahlung
Photo-Apparate
aller Art
Photogr. Artikel
Kataloge unsonst u. portofrei.
Jenass & Co., Berlin P. 407
Bollo-Allianco-Str. 7-10.

Musikinstrumente
aller Art
Garantie für
hervorragende Güte
Max Dörfel, Klingenthal i. S.
Prüfungsamt

Nach kurzem, schwerem Leben,
welches er sich im Felde ausge-
zogen hatte, verschied am 19. Ok-
tober unter lieber Kollege und
Mitarbeiter, der Seher [374]
Alfred Kiepel
im Alter von 25 Jahren. Sein
Andenken wird stets in Ehren
halten.
Das Gesamtpersonal der Firma
Salberg & Büchlin, Leipzig.

Einzahlungen an den „Norr.“
spondent für Deutschlands Buchdrucker
auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61328